

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Nr. 2/2004 22. Jahrgang

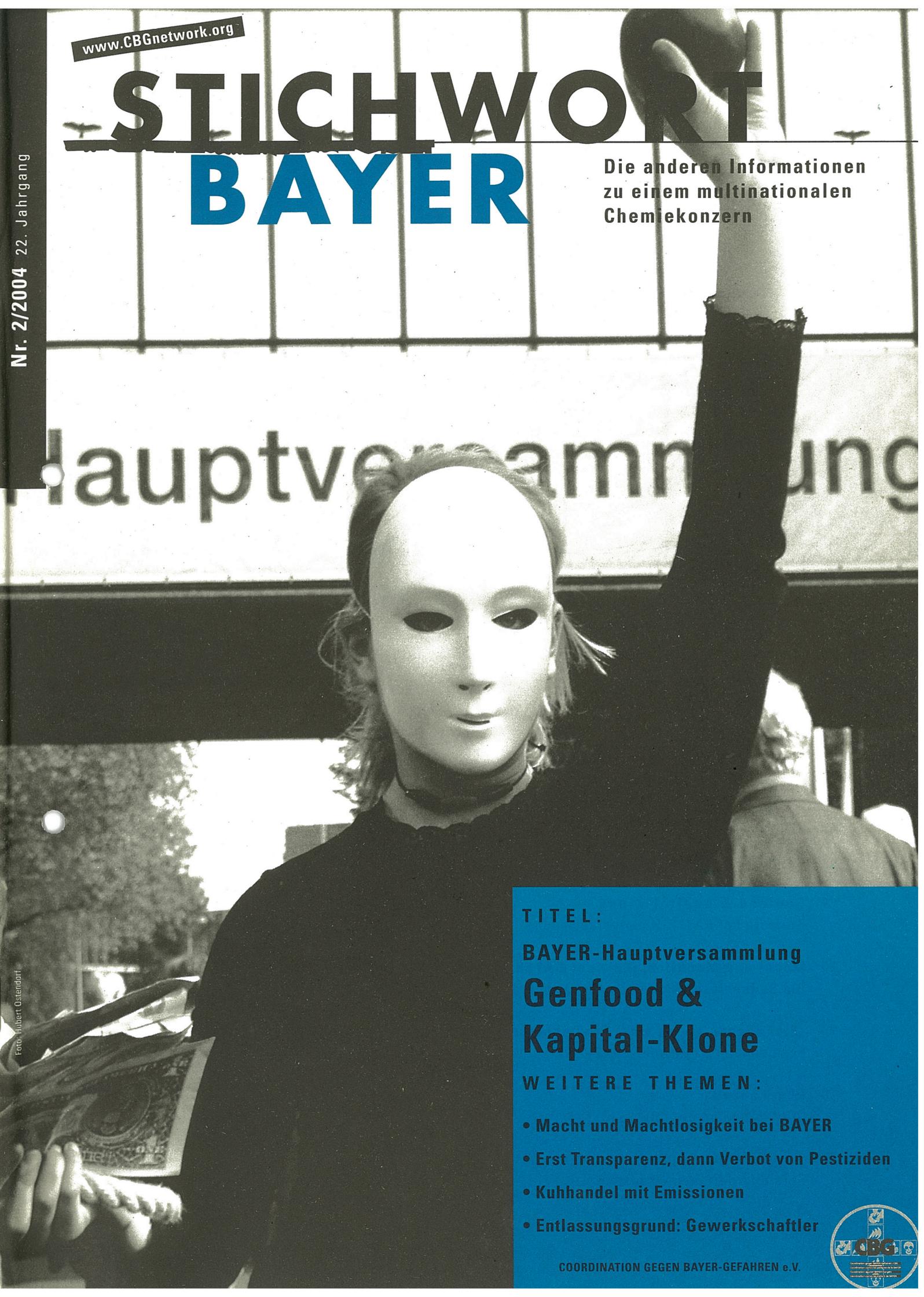


Foto: Hubert Ostendorf

TITEL:

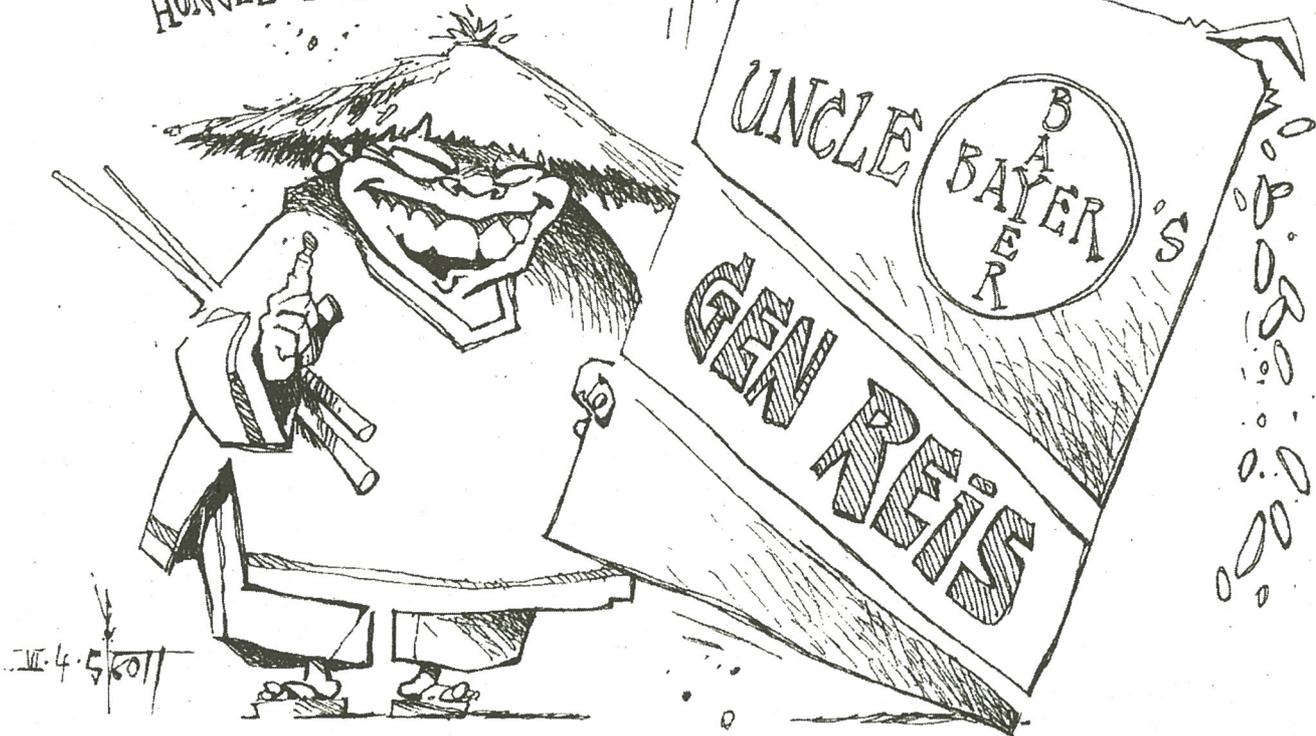
BAYER-Hauptversammlung **Genfood & Kapital-Klone**

WEITERE THEMEN:

- Macht und Machtlosigkeit bei BAYER
- Erst Transparenz, dann Verbot von Pestiziden
- Kuhhandel mit Emissionen
- Entlassungsgrund: Gewerkschaftler



FÜL DEN KLEINEN
HUNDEL ZWISCHENDUICH



Nachdruck honorarpflichtig

Inhalt

- | | |
|--|--|
| <p>4 Genfood & Kapital-Klone
Proteste bei BAYER-Hauptversammlung</p> <p>10 Macht und Machtlosigkeit bei BAYER
Die Seifenblase „AktionärInnen-Demokratie“</p> <p>16 „Erst dachte ich, es wäre ein Donnerschlag“
Explosion im Baytownner BAYER-Werk</p> <p>18 Abgekanzelt
Die Kirche und die CBG</p> <p>22 Für einen gläsernen Pestizid-Export!
Studie fordert mehr Transparenz</p> | <p>27 Die Chemie-Mafia
Buchkritik</p> <p>28 Kuhhandel mit Emissionen
BAYER & Co. setzen sich durch</p> <p>30 Bitterer Gen-Reis
Lebensmittel - made by BAYER</p> <p>34 Entlassungsgrund: Gewerkschafter
BAYER schmeißt Juanito Facundo raus</p> <p>35 Impressum</p> <p>36 Au weia BAYER</p> |
|--|--|

Liebe Leserinnen und Leser,



Dr. Suman Sahai gehört der indischen Initiative GENE CAMPAIGN an. (www.genecampaign.org)

die von BAYER bei der EU beantragte Import-Genehmigung für Gen-Reis, der als Tierfutter Verwendung finden soll, hat nicht nur Auswirkungen auf die der Union angehörenden Länder. In größerem Maß noch hat sie Bedeutung für die Reis anbauenden Regionen der Welt. GENE CAMPAIGN ist besorgt über die Aussicht, Indien oder andere Länder mit einem großen Reservoir verschiedener Reis-Sorten könnten der Versuchung nachgeben, Reis für die EU zu produzieren. Er wäre von einer bitteren Ironie, wenn diese Staaten ihr wichtigstes Nahrungsmittel gefährden würden, um Tierfutter für die Fleischindustrie der Industrieländer herzustellen. Es ist unethisch von BAYER, die wenigen Reis anbauenden EU-Staaten zu schützen, indem der Konzern in Spanien, Italien, Griechenland, Portugal oder Frankreich keine Zulassung beantragt. Das Unternehmen gefährdet lieber die Nahrungsmittelsicherheit in den armen Ländern, um den nicht nachhaltigen Konsum der westlichen Staaten zu unterstützen.

Gerade für Entwicklungsländer wie Indien, die über gar keine oder nicht ausreichende Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen verfügen, ist die Aussaat von Gen-Pflanzen mit großen Risiken behaftet, weil sie den natürlichen Gen-Pool von Reis gefährden könnten. Die LandwirtInnen dieser Staaten sind nicht darüber informiert, welche Folgen das Anpflanzen von Gen-Reis auf ihren Feldern wirklich haben könnte und sind deshalb auch nicht in der Lage, eine wohlüberlegte Entscheidung darüber zu fällen. Die Öffnung des EU-Marktes für genetisch manipulierten Reis würde die Reis produzierenden Länder dazu verleiten, Gen-Reis für den Export herzustellen. Wegen der zu erwartenden Gewinne wäre es einfach durchzusetzen. Übersehen würde dabei aber die Gefahr der genetischen Verunreinigung in Gebieten mit großer Reis-Artenvielfalt wie Orissa, Jharkhand und Chattisgarh.

Und diese genetische Vielfalt ist überlebenswichtig für jede Pflanze. Wenn

eine Sorte sich als anfällig für eine bestimmte Krankheit erweist oder sie auf zu wässrigen oder alkalischen Böden nicht wächst, müssen die WissenschaftlerInnen sie mit einer anderen Art kreuzen. Sie tun dies, indem sie nach passenden Genen in verwandten Arten oder dem natürlichen Gen-Pool suchen. Wenn sie diese nicht mehr finden, ist die Pflanze zum Untergang verdammt. Darum ist es so wichtig, die Biodiversität zu erhalten. GENE CAMPAIGN setzt sich deshalb für ein Moratorium ein, das die Aussaat von gentechnisch veränderten Organismen in den Ursprungsländern der Pflanzen mit einem noch variationsreichen Vorkommen unterbindet.

Suman Sahai

Proteste bei BAYER-Hauptversammlung

Genfood & Kapital-Klone



Eine Allianz aus Gentechnik-GegnerInnen und anderen Konzern-KritikerInnen brachte mit ihren Protest-Aktionen, Gegenanträgen und Rede-Beiträgen die eingespielte Dramaturgie der BAYER-AktionärInnenversammlung gehörig durcheinander. Bis zum vorgegebenen Happy End der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat mit Traumquoten von über 99 Prozent sorgten die von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) eingeladenen kritischen AktionärInnen mit ihrem Belastungsmaterial für einige überraschende Wendungen.

Von Udo Hörster (Fotos: Hubert Ostendorf)

Den Weg zur BAYER-Hauptversammlung in den Kölner Messehallen mussten sich die AktionärInnen durch das Straßen-Theater der BUND-JUGEND bahnen, die einen pantomimischen Tanz um das Goldene Kalb „Genfood“ aufführte. Als dann begrüßte sie die traurige Gestalt eines jungen Managers im feinen Zwirn, buchstäblich an die Kette der Gentechnik gelegt. Unmittelbar vor dem Eingang in

die heiligen Hallen des Profits erwartete die Aktien-HalterInnen schließlich ein Spalier von GenforscherInnen in sterilweißer Einheitskleidung. Auf Bauchläden boten sie Gen-Mais feil, beworben mit dem Slogan „Leben - made by BAYER“. Parallel dazu verteilten sie Beipack-Zettel mit den Risiken und Nebenwirkungen. Vielleicht mochte deshalb keine/r herzhaft in die Zukunftstechnologie beißen.

Im Saal selber kleideten die ProtestlerInnen ihre Kritik an der grünen Gentechnik in Worte. „Ärzte warnen vor den Gefahren“, mahnte Geert Ritsema von FRIENDS OF THE EARTH EUROPE. Ein ganzes Bündel von Risiken zählte er auf: die Bedrohung der Artenvielfalt, mehr Umweltschäden durch erhöhte Pestizid-Ausbringungen und Einkreuzungen in Wild-Pflanzen. Als besonders schwerwiegend betrachtete er



die Gefährdung der Sicherheit von Reis, Asiens Lebensmittel Nr. 1, durch BAYERs Herbizid-resistente Sorte LL 62. Neun von 15 Ländern der Europäischen Union teilten laut Ritsema diese Einschätzung: Sie erhoben Bedenken gegen die vom Leverkusener Chemie-Multi bei der EU beantragte Import-Genehmigung. Zuvor hatte Belgien schon gentechnisch verändertem Raps die Zulassung verweigert und Großbritannien Gen-Mais nur unter so hohen Sicherheitsauflagen genehmigt, dass BAYER die Risiken nicht tragen mochte und auf einen Anbau verzichtete. Als Resümee zitierte Geert Ritsema die Äußerung eines - politisch völlig unverdächtigen - Sprechers der DZ-BANK: „Genfood ist ungefähr so attraktiv wie die Atombombe“. Er forderte den Unternehmensvorstand aus diesem Grund auf, sich die Frage zu stellen: „Sollen wir Genfood gegen den Willen der meisten Europäer durchsetzen?“.

Aber nicht nur in Europa, auch in Südamerika stößt die „grüne Gentechnik“ auf breite Ablehnung, berichtete Lutz Weischer von der BUND-JUGEND. Gerade in den armen Ländern verfängt die PR-Strategie der Multis, gentechnisch verän-

derte Nutzpflanzen als Mittel gegen den Welthunger anzupreisen, nicht, weil sie der Realitätsprüfung nicht standhält. „Hunger ist ein Verteilungsproblem“, ergibt diese Weischer zufolge nämlich. Nicht Hochtechnologie, sondern Zugang zu Land und erschwinglichem Saatgut könnte die Lage der Menschen dort verbessern. Und da wirkt die Gentechnik nach Meinung des BUND-Aktivisten kontraproduktiv. Kapital-intensiv und deshalb auf große Anbau-Flächen angewiesen, befördert sie das Bauernsterben und treibt so nur noch mehr Menschen ins Elend. Als Sattmacher erweist sich die Gentechnik also nicht. „Sind Sie bereit, auf die Behauptung zu verzichten?“, fragte Lutz Weischer deshalb BAYER-Chef Werner Wenning.

Dazu war der Angesprochene nicht bereit. Allerdings musste er in seiner Antwort auf die Gegen-Redner die Akzeptanz-Probleme der grünen Gentechnik einräumen. In bemerkenswerter Offenheit nannte der Vorstandsvorsitzende auch die Gründe dafür. „Der Vorteil liegt bei den Anbietern“, gab er zu, weil die Technologie vor allem eine „effizientere Produktion“ erlaube. Die KonsumentInnen haben

also selbst nach Meinung Wennings überhaupt nichts von den Labor-Kreationen - aber er arbeite daran. Durch qualitätssteigernde Maßnahmen wie Erhöhung des Vitamin-Gehaltes will er einen „Nutzen für den Verbraucher“ schaffen und das

„Genfood ist ungefähr so attraktiv wie die Atombombe“

Genfood popularisieren. Mit dem „Vitamin-A-Reis“ vermeinten die Agro-Multis schon einmal so einen massenwirksamen Superstar gefunden zu haben, dessen Karriere allerdings im Nirvana endete. Auf die von Ritsema und Weischer geäußerten Sicherheitsbedenken ging Werner Wenning mit keinem Wort ein - sie existierten für ihn schlicht nicht. Die Zulassungsverweigerungen beruhten ihm zufolge nicht auf „wissenschaftlichen Erkenntnissen“, sondern hatten ausschließlich „politische Gründe“.

Ähnlich dürtig fielen die Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden zum Geschäftsgebahren der Konzern-Gesellschaft HC STARCK im Kongo aus. Friedhelm Meyer von der SOLIDARISCHEN KIRCHE IM RHEINLAND (SOKI) legte dar, wie die BAYER-Tochter dort durch den Kauf von Coltan-Erz zur Finanzierung des Bürgerkriegs beiträgt. Schon in seinen Bemerkungen zu den von der CBG eingereichten Gegen-Anträgen hatte Werner Wenning dies kategorisch bestritten: „HC STARCK hat die Rebellen zu keiner Zeit unterstützt“. Bei dem BAYER-Manager Thomas Porz, der 2003 auf dem ökumenischen Kirchentag an einer Diskussion zu dem Thema mit der Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul teilnahm, hörte sich das ganz anders an. Das Unternehmen habe Coltan bis 2001 ganz offen und ab dann „lediglich über einen Spot-Markt - also nicht direkt“ aus dem Kongo bezogen, zitierte ihn Meyer.

Der ehemalige Pfarrer, andere SOKI-MitstreiterInnen sowie CBGler haben auf dem gemeinsamen Kirchentagsstand noch ein zusätzliches Kapitel aus dem Sündenregister des Leverkusener Chemie-Multis aufgeschlagen: Die Gesundheitsgefährdungen durch Pestizide. Meyer machte auf Schätzungen der WHO aufmerksam, wonach jährlich bis zu 20.000 Menschen durch die Ackergifte sterben. Als aktuelles Beispiel nannte er die zahlreichen Vergiftungsfälle unter indischen Baumwoll-FarmerInnen durch BAYERs Monocrotophos und andere Agro-Chemikalien. Zu diesem traurigen Anlass erinnerte Fried-





helm Meyer den Vorstand an ein auf der Hauptversammlung von 1995 abgegebenes Versprechen, bis zum Jahr 2000 alle Pestizide der höchsten Toxizitätsklasse durch solche geringerer Giftigkeit zu ersetzen. Davon wollte Wenning allerdings nichts mehr wissen. Seiner Ansicht nach hatte es sich dabei nur um eine **„Der Vorteil liegt bei den Anbietern“**, gab der BAYER-Chef zu, weil die grüne Gentechnik vor allem eine „effiziente Produktion“ erlaube.

unverbindliche Absichtserklärung gehandelt, zu der er sich immer noch ohne Risiko bekennen konnte: „Die Ziele bleiben bestehen“. Auch ansonsten sollten nur Worte helfen - Aufklärung und Schulungen der LandwirtInnen - konkrete Maßnahmen zur Senkung der Todesraten stellte der BAYER-Chef dagegen nicht in Aussicht.

Information und Diskussionen - das sah der Konzern-Chef auch als probates Mittel zur Abschaffung von Kinderarbeit bei den Zulieferern von BAYERS indischer Saatgut-Tochter PROAGRO an. Cornelia Heydenreich von GERMAN WATCH zeichnete der AktionärInnen-Versammlung ein plastisches Bild von den menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen 6 bis 14-Jährige - vor allem Mädchen - auf den Feldern Frondienste leisten, oft noch in Schuldnechtschaft. Eine Studie des niederländischen GRCS-Institutes hatte die Missstände ans Licht gebracht, die CBG veröffentlichte die deutsche Übersetzung. Dadurch geriet der BAYER-Konzern unter politischen Druck und musste handeln.

PROAGRO übernahm die Verantwortung für die Kinderarbeit, was auch recht und billig ist, schließlich lassen die niedrigen Abnahme-Preise für das Saatgut den LandwirtInnen kaum eine andere Möglichkeit als Minderjährige zu beschäftigen. Zudem trafen Konzern-ManagerInnen mit VertreterInnen der indischen Kinderrechtsinitiative MAMIDIPUDI VENKATARANGAIYA FOUNDATION (MV) zusammen und führten Gespräche mit anderen Agro-Multis. Jetzt allerdings gibt es nach Angaben von MV ein Rollback. PROAGRO wälzt die Verantwortung wieder auf die Saatbauern ab und gewährt der Initiative keinen Einblick in die angeblich Kinderarbeit ausschließenden neuen Verträge. Deshalb verlangte Heydenreich von Wenning, Klartext zu reden: „Wieviel Kinder sind für BAYER beschäftigt?“ und „Sind Sie bereit, höhere Preise zu zahlen?“

Darauf blieb der Große Vorsitzende die Antwort schuldig. Stattdessen verlegte er sich darauf, abzustreiten, dass BAYER selbst Kinder angestellt hätte - und entkräftete damit einen Vorwurf, den Cornelia Heydenreich gar nicht erhoben hatte - eine plumpe Ablenkungsstrategie.



Die BUND-JUGEND macht Theater

Erwachsene Beschäftigte haben beim Pharma-Riesen auch nicht unbedingt ein besseres Los. Uwe Friedrich (CBG) lieferte dafür ein Fall-Beispiel aus den Philippinen. Der Ingenieur Juanito Facundo war Gewerkschaftsvorsitzender der EMPLOYEES UNION OF BAYER PHILIPPINES (EUBP). Er organisierte unter anderem Streiks und sagte in Arbeitsgerichtsprozessen zu Gunsten von Kollegen aus. BAYER versuchte diese Arbeit nach Kräften zu behindern. Sie unterstützte die kapital-freundlichere Konkurrenz-Gewerkschaft, hielt der EUBP Mitgliedsbeiträge vor und konsultierte sie nicht wie vorge-

schrieben bei Entlassungen. Schließlich überreichte die Geschäftsführung Facundo und einer ebenso engagierten Kollegin sogar die fristlose Kündigung. Politische Motive dafür stritt der BAYER-Vorsitzende vehement ab. „Im Rahmen einer Rationalisierung“ hätte der Gewerkschaftler

Andrea Will: „BAYER ist nur so viel wert, wie die Mitarbeiter, die dort arbeiten - das ist Ihnen nicht klar!“

gehen müssen, so Wenning. Seltsam nur, dass BAYER für den „Wegrationalisierten“ schon bald nach einem gleichwertigen Ersatz suchte ...

Auch an den bundesdeutschen Standorten gerät die Belegschaft zunehmend unter Druck. „In den Werken herrscht eine schlechte Stimmung“, schilderte Andrea Will von der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) den ZuhörerInnen die Lage vor Ort, sogar Hochqualifizierte flüchteten vor dem immer größer werdenden Druck schon in die Frühpension. Angesichts dieser Vergeudung menschlicher Schöpfungskraft kritisierte Will den Vorstandsvorsitzenden: „BAYER ist nur so

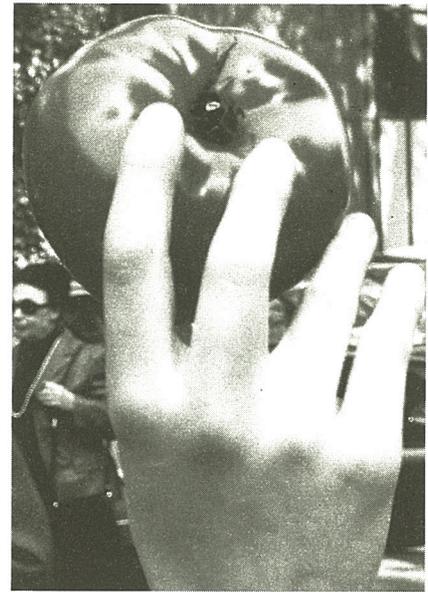
viel wert, wie die Mitarbeiter, die dort arbeiten - das ist Ihnen nicht klar!“. Der Kragen platzte der Vorstandsriege, als Andrea Will für ihre Forderungen nach Sicherung der Arbeitsplätze und gerechter Entlohnung von den anwesenden ca. 6.000 AktionärInnen auch noch starken Applaus erhielt. Da brach der Widerspruch zwischen den GroßaktionärInnen, BankvertreterInnen, BAYER-Managern und der Masse der KleinaktionärInnen offen auf.

Axel Köhler-Schnura von der CBG beschäftigte sich in seiner Rede ebenfalls mit der Arbeitsplatz-Vernichtung, der erhöhten Arbeitsdichte, dem Abbau



betrieblicher Sozialleistungen und den immer neuen Rationalisierungsmaßnahmen. Er warf dem Konzern vor, aufgrund seiner Macht weit über den Unternehmensrahmen hinaus für die gesellschaftliche Entwicklung zu sozialer Kälte und rücksichtsloser Profitorientierung verantwortlich zu sein. Der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Manfred Schneider wurde nicht

umsonst erst unlängst von der Springerpresse zum „mächtigsten Mann Deutschlands“ erkoren, so das CBG-Vorstandsmitglied. Den im Aufsichtsrat sitzenden Vorsitzenden der IG BCE, Hubertus Schmoldt, forderte er auf, endlich konsequent Front zu machen gegen sozialen Kahlschlag, Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung bei BAYER. Als „sozialen Krieg“ bezeichnete Köhler-Schnura BAYERS Unternehmenspolitik und erinnerte daran, welche hervorgehobene Rolle der Konzern beim in der Bundesrepublik tobenden Klassenkampf von oben spielt. Mit der Lancierung der „Standort-Debatte“ hat BAYER „die Erpressung der Öffentlichkeit bis zur Perfektion entwickelt“, kritisierte der CBGler. Und sich höchstpersönlich um die Umverteilung gekümmert: der Kopf der „Unternehmenssteuerreform“ im Hause Eichel war nämlich niemand anderes als der ehemalige BAYER-Finanzchef Heribert Zitzelsberger. Sogar die seitdem vergeblich auf die Gewerbesteuer vom Konzern wartenden Bürgermeister an den Standorten hat das schon zu Demonstrationen auf die Straße getrieben, empörte sich Köhler-Schnura. „Von einer Steuer-



vermeidungsstrategie kann nicht die Rede sein“, wies Werner Wenning in seiner Nicht-Antwort die Anschuldigungen Wills und Köhler-Schnuras zurück.

Je schamloser der Konzern seine Profit-Interessen zum Schaden der Beschäftigten und der Standorte verfolgt, desto vehementer entwirft er in der Öffentlichkeit das Bild einer verschworenen BAYER-



Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne.

Wir treten ein für Umweltschutz, soziale Sicherung und Menschenrechte. Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie Ihre Stimmrechte uns.

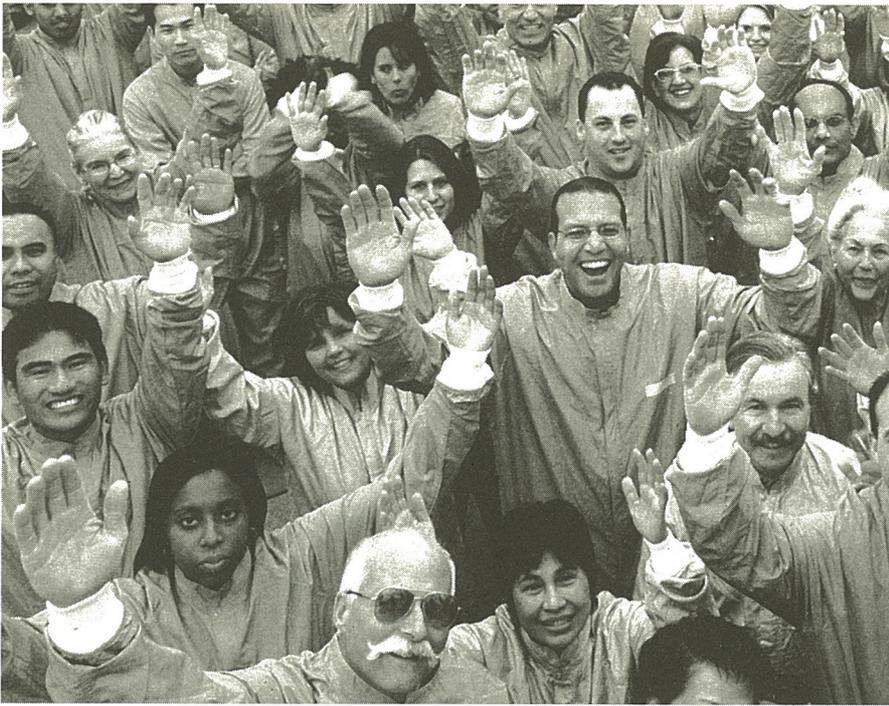
Ihre Hilfe ist erforderlich

Kritische BAYER-AktionärInnen • *Coordination gegen BAYER-Gefahren*
 Postfach 1504 18, 40081 Düsseldorf • Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com

Ja, ich habe Interesse:

Name : _____ Alter: _____
 Adresse : _____
 Telefon : _____ Fax: _____





Alle für einen - BAYER-Propagandafoto

Gemeinschaft. So zierte den Umschlag der Hauptversammlungsbrochure ein Foto, das die versammelte Belegschaft des Werkes in Berkeley zeigt. In Einheitskluft, mit Einheitslächeln und mit einheitlich

„Ein Konzern, der von Zwangsarbeitern profitiert hat, profitiert jetzt vom Gedenken an die Opfer“, protestierte Hubert Ostendorf

gen Himmel gereckten Armen präsentieren sie stolz die Früchte ihrer Arbeit. Hubert Ostendorf von der CBG gemahnte das an entsprechende propagandistische Kraftakte aus der Zeit des Nationalsozialismus. Noch ein anderer Fall demonstrierte für den Galeristen den beispiellos unsensiblen Umgang mit der Vergangenheit: Die Beteiligung am Bau des Holocaust-Mahnmals. „Ein Konzern, der von Zwangsarbeitern profitiert hat, profitiert jetzt vom Gedenken an die Opfer“, protestierte der CBGler.

Für diese Profite geht der Chemie-Multi immer noch über Leichen, so Ostendorf. In den 80er Jahren lieferte er nicht hitze-behandelte und deshalb mit hohem AIDS-Risiko behaftete Blut-Präparate nach Fernost, obwohl es zu diesem Zeitpunkt schon entsprechende Verfahren gab. Die Folge: hunderte Bluter starben. „Eine tragische Entwicklung“, nannte das Werner Wenning und wies den Vorwurf zurück, BAYER würde PatientInnen „bewusst Risiken aussetzen“. Die Präparate hätten „dem neuesten Stand der

Technik“ entsprochen und seien nach den „besten wissenschaftlichen Erkenntnissen“ hergestellt, versicherte er wenig überzeugend.

Ein Teil einer solchen nach „dem neuesten Stand der Technik“ gebauten Anlage zur Produktion von TDA-Kunststoff explodierte Anfang des Jahres im texanischen Baytown. Kilometer weit war der Knall zu hören; gab CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes den AktionärInnen einen Eindruck vom Ausmaß des Störfalls. Über den Unfall-Hergang schweigt der Pharmariese sich aus - „aus Wettbewerbsgründen“. Hinter den Kulissen jedoch entfaltete er eine fieberhafte Aktivität. SicherheitsexpertInnen aus bundesdeutschen Werken reisten an und betrieben Ursachen-Forschung. Die Panik hatte einen Grund, erläuterte Mimkes: BAYER hatte

am Standort Dormagen nämlich gerade Europas größte TDA-Anlage in Betrieb genommen. „Die Prozesse sind grundsätzlich unterschiedlich“, beschwichtigte Wenning und sagte das, was BAYER-Chefs in solchen Fällen immer sagen: „Es bestand zu keinem Zeitpunkt Gefahr für die Bevölkerung“. Großzügig erklärte er sich trotzdem bereit, die „Sicherheitsstandards weiter zu verbessern“.

Wie BAYER im Gegenteil alles tut, um Sicherheitsstandards zu verwässern, legte der CBG-Geschäftsführer am Beispiel des Chemikalien-Gesetzes der EU dar. Die Kommission wollte dem Vorsorge-Prinzip Geltung verschaffen und den Chemie-Unternehmen zur Auflage machen, 70.000 niemals getestete chemische Substanzen erstmals auf ihre Gefährlichkeit hin zu untersuchen. Aber BAYER und die anderen betroffenen Konzerne gingen zum Extrem-Lobbying über, an dessen Ende vom ursprünglichen Entwurf nicht mehr viel übrig war. In den USA betrieben die Multis laut Mimkes Vorsorge gegen das Vorsorge-Prinzip, um entsprechende Regelungen schon im Vorfeld zu verhindern. Ihr Verband ACC engagierte die berühmt-berüchtigte PR-Agentur NICHOLS-DEZENHALL und gab eine Schmutz-Kampagne in Auftrag. Die „schmutzigen Hände“ dafür fand die Agentur unter anderem unter ehemaligen CIA- und FBI-AgentInnen. Und die dachten sich zahlreiche Undercover-Maßnahmen aus: Bespitzelung von Umwelt-AktivistInnen, Gründung von chemie-freundlichen Pseudo-Bürgerinitiativen und ebensolcher „unabhängiger“ Institute. „Das kann man nur als perfide bezeichnen“, kommentierte Philipp Mimkes. Für den Versammlungsleiter Manfred Schneider war das zu

Unser Rechtsanwalt und Freund

Wolfgang Diesing

ist tot. Wir sind sehr traurig.

Wolfgang hat sich tatkräftig für die Opfer von Konzernwillkür und Globalisierung eingesetzt. Er hat Strafanträge gegen BAYER-Manager gestellt und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN rechtlich kompetent und engagiert vertreten.

Wolfgang's offenes und mitfühlendes Wesen wird uns fehlen. Wir werden ihn nicht vergessen.

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN: Mitglieder, Vorstand & Beirat.



harter Tobak. Er forderte den CBGler auf, eine Rede abzubrechen. Der Geschäftsführer ließ sich jedoch nicht beirren und klärte das Auditorium weiter darüber auf, was bei BAYER wirklich hinter den hehren Bekenntnissen zum Umweltschutz à la „Responsible Care“ und „Sustainable Development“ steckt.

Mit seiner Intervention griff Aufsichtsratsvorsitzender Schneider zum größten Mittel zur Abwehr von Kritik. Ansonsten begnügten sich er und Wenning damit, die Beiträge der kritischen AktionärInnen als „sachlich unzutreffend“, „bloße Behauptungen“, „jeder Grundlage entbehrend“, „Halbwahrheiten“ und „nicht nachvollziehbar“ abzuqualifizieren. Axel Köhler-Schnura hatte das alles schon aus den Vor-Mündern von Schneider und Wenning gehört, den Ex-Aufsichtsratschefs Hermann Josef Strenger und Herbert Grünewald. Er präsentierte dem Vorstand mit Verweis auf die wg. des LIPOBAY-Skandals nötig gewordenen Schadensersatz-Rückstellungen in Höhe von 300 Millionen Euro die Rechnung für

diese Ignoranz: „Sie sehen, wie sich unsere Fakten im Laufe der Zeit wieder als Millionen schwere Verlust-Wahrheiten in die Berichte der Vorsitzenden einschleichen“.

Dazu sagten die Manager nichts. Nur wenn es um Zahlen ging, wurden Werner Wenning und Aufsichtsrat-Chef Manfred Schneider redseliger. Damit kennen sie sich aus und stellten es unter anderem dadurch unter Beweis, dass sie die Aufsichtsrats-Vergütungen im Zuge der Dividenden-Kürzung von 90 auf 50 Cent von dieser Richtgröße abkoppelten und an den Brutto-Cashflow banden - nicht umsonst sitzen schließlich Cash-Experten vom Schlage eines Josef „V“ Ackermann von der DEUTSCHEN BANK in dem Gremium.

Stimmen und Gegenstimmen

Mehr als 200.000 Aktien wurden der CBG und dem Dachverband der Kritischen AktionärInnen und Aktionäre bereits vor der Hauptversammlung übertragen. In den Abstimmungen stimmten bis zu 3 Millionen Aktien mit „Nein“. Weitere ca. 1 Mio. Stimmen enthielten sich und sprachen sich so gegen den Vorstand aus. Das waren zwar nur einige wenige Prozent, also die Minderheit aller Aktien, aber klar die Mehrheit der anwesenden AktionärInnen. BAYER bleibt also auf Profitkurs, der Widerstand wurde jedoch mehr als deutlich.

SoZ Sozialistische Zeitung

Die Abzocker



DAS GESPRÄCH
 politischer Brand 0,5
WISSEN
 Kapitalismus 0,5 & P
 Antikolonialismus 0,5
 Lateinamerika 0,5
 Welt 0,5
DEBATTE
 Umweltschutz 0,5
 Antikolonialismus 0,5
INTERNATIONALES
 Afrika 0,5
 Lateinamerika 0,5
 Nordamerika 0,5
 Europa 0,5
 Asien 0,5
DEBATTE
 Antikolonialismus 0,5
 Antikolonialismus 0,5
PLATIN
 China 0,5
 Lateinamerika 0,5
 Nordamerika 0,5
 Europa 0,5
 Asien 0,5
 Antikolonialismus 0,5

Redaktionen und Redaktionsstellen!
 Wir suchen Redakteurinnen und Redakteure für die SoZ. Die SoZ ist eine politische Zeitschrift, die sich für die Interessen der ArbeiterInnen und der Bevölkerung einsetzt. Wir sind eine politische Zeitschrift, die sich für die Interessen der ArbeiterInnen und der Bevölkerung einsetzt. Wir sind eine politische Zeitschrift, die sich für die Interessen der ArbeiterInnen und der Bevölkerung einsetzt.

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
 (keine automatische Verlängerung)

Bestellung an:

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75-77 · D-50674 Köln
 Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
 redaktion@soz-plus.de · www.soz-plus.de

Sonderheft der SoZ · 52 Seiten · 5 Euro

Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis

Nr. 5: Neuer Antikapitalismus in Europa

François Vercammen analysiert die Rückkehr der radikalen Linken in Europa **Henning Böke** porträtiert Italiens Rifondazione Comunista **Bernhard Schmid** über die radikale Linke in Frankreich **Alex Callinicos** diskutiert die Krise der Sozialdemokratie und die Möglichkeiten einer sozialistischen Neugruppierung **Klaus Dräger** fragt nach den programmatischen Grundlagen einer neuen europäischen Linken
 Außerdem: **Perry Anderson** über **Eric Hobsbawm**

Bestellung an (gegen Vorkasse – 5-Euro-Schein oder Briefmarken) an SoZ-Verlag (siehe oben)



Die Seifenblase „AktionärInnen-Demokratie“

Macht und Machtlosigkeit bei BAYER



Es ist schon ein schlauer Trick: Die Konzerne lassen sich den Ausbau ihrer Profit- und Ausbeutungsmaschinerie von denjenigen mitfinanzieren, die davon mit Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Verschlechterung der Lebensbedingungen am härtesten betroffen sind: von der arbeitenden Bevölkerung. Mittlerweile besitzen 18 Prozent der Bundesdeutschen Aktien, also mithin ca. 15 Millionen Menschen. Am liebsten hätten die Multis, wenn jeder Haushalt das komplette Ersparte nicht mehr aufs Sparbuch legte, sondern dafür Aktien kaufte. Macht haben diese Kleinaktionärsmassen allerdings keine. Auch bei BAYER nicht.

Von Axel Köhler-Schnura

Es ist die pure Nötigung. Die Berichterstattung über Aktienkurse ist ohne jeden Bezug zu den Alltagssorgen der breiten Bevölkerung, aber keine Nachrichten-

sendung, in der nicht noch die kleinste Kursschwankung gewürdigt würde. Selbst die *Tagesschau*, Klassiker aller Fernsehnachrichten, mutiert zur Börsen-

sendung. Ungeachtet aller Gefahren durch Kriege, Wirtschaftskrisen und Börsencrash werden so immer mehr Menschen gelockt und stecken ihre mühsam

ersparten Euros in Aktien. Ganze Kegelclubs wandeln sich zu (Klein-)AktionärInnen-Vereinigungen.

BAYER profitiert vom Börsenfieber

Von dem derart losgetretenen Börsenfieber profitiert auch die BAYER AG und ist mit ihrer Aktie breit in die Haushalte von Otto Normalverbraucher vorgedrungen. Zählte die Muttergesellschaft des BAYER-Konzerns im Jahr 1993 noch 295.000 AktionärInnen, so waren es sechs Jahre später im Jahr 2001 fast doppelt so viele: 496.000 Personen, Firmen und Institutionen besitzen heute 730 Millionen BAYER-Aktien und stellen das Grundkapital des BAYER-Konzerns in Höhe von 1,9 Milliarden Euro. Jede der nennwertlosen BAYER-Aktien hat damit einen Wert von 2,56 Euro.

Den größten Anteil an den BAYER-AktionärInnen stellen mit ca. 93 Prozent die Privatpersonen. Sie halten jedoch lediglich 24 Prozent des Grundkapitals, also gerade einmal 0,9 Milliarden Euro. Und von diesen 465.000 privaten Anteils-

aktionärInnen aussortiert, so muss davon ausgegangen werden, dass etwa 450.000 AnteilseignerInnen gerade einmal ca. 5 Prozent des Kapitals repräsentieren, mithin also 95 Prozent des Kapitals bei ca. 10 Prozent aller AktionärInnen liegt. Hier ist übrigens auch Schluss mit der Informationsfreudigkeit des BAYER-Konzerns. Es gibt keine gesicherten Informationen, die Angaben beruhen auf Schätzungen.

Der Einfluss der Klein- und KleinstaktionärInnen wird zusätzlich noch dadurch auf die 2- bis 3-Prozent-Grenze runtergedrückt, dass sie ihre Aktien in aller Regel nicht selbst vertreten, sondern sich über die Bank repräsentieren lassen, bei der sie ihre Aktien im Depot halten. Damit schmälern sie ihre Macht weiter bzw. stärken die Macht der Banken.

Die Macht der GroßaktionärInnen

76 Prozent, also mehr als Dreiviertel des Kapitals, befinden sich bei 31.000 Banken, Investment-Gesellschaften und anderen institutionellen Anlegern. Hinzu kommen die bereits erwähnten privaten

Und hinzu kommt noch das Depotstimmrecht. Es sorgt dafür, dass alleine die DRESDNER BANK im Rahmen der Hauptversammlung 30 und mehr Prozent aller BAYER-Aktien vertritt und die DEUTSCHE BANK z. B. weitere 17 Prozent. Damit vertreten diese beiden Banken fast 50 Prozent aller Aktien, wobei die DEUTSCHE BANK die meisten inländischen Aktionäre hält.

Wenn es also auf den ersten Blick so aussieht, als befände sich das BAYER-Kapital von 3,6 Milliarden Mark in breitem Streubesitz, so ist das nicht der Fall. Viele Hunderttausend AktionärInnen besitzen so gut wie nichts, einige wenige GroßaktionärInnen und GrößtaktionärInnen besitzen nahezu alles. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Zahl von lediglich ca. 5.000 AktionärInnen 80 und mehr Prozent des Kapitals besitzen.

Immer mehr Stimmrechte an KritikerInnen

Einziges Gegengewicht zur Macht der Banken und GroßaktionärInnen bilden die KleinaktionärInnen, die sich von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und dem DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE vertreten lassen. Seit 1982 sammeln diese beiden Organisationen die KleinaktionärInnen-Opposition und bieten Banken und BAYER-Management gleichermaßen die Stirn. Vor dem Hintergrund der Mehrheitsverhältnisse bringen sie auf den Hauptversammlungen zwar lediglich verschwindende Prozente aller Stimmen auf, werden jedoch von erheblichen Teilen aller anwesenden Klein-AktionärInnen unterstützt. Bei der diesjährigen Hauptversammlung muss sogar bei ca. drei Millionen Gegenstimmen und weiteren ca. 0,8 Mio. Enthaltungen davon ausgegangen werden, dass die überwältigende Mehrheit aller anwesenden AktionärInnen mit den KritikerInnen stimmte. Ein klares Votum der KleinaktionärInnen für Umweltschutz, soziale Sicherung und Menschenrechte. Die CBG wird alles daran setzen, die Zahl der Gegenstimmen weiter zu erhöhen und bittet alle AktionärInnen, ihre Stimmrechte nicht den Banken zu überlassen, sondern diese an die COORDINATION zu übertragen. Dazu ist nicht viel zu erledigen. Ein Brief an die CBG reicht aus und alles Notwendige wird in die Wege geleitet.

Weitere Infos: Dipl. Kfm. Axel Köhler-Schnura, Fon 0211 / 26 11 210, Fax 0211 / 26 11 220



fotos: Hubert Ostendorf

eignerInnen haben wiederum 92 Prozent maximal 600 Aktien im Depot. 427.000 BAYER-AktionärInnen halten also Depots mit einem Nennwert von maximal 1.536 Euro. Damit besteht die große Masse der BAYER-AnteilseignerInnen aus Mini- und KleinstaktionärInnen.

Die Machtlosigkeit von Otto Normalaktionär

In krassem Gegensatz zu dem hohen Anteil der PrivataktionärInnen an der Gesamtzahl aller BesitzerInnen von BAYER-Aktien stehen deren Einflussmöglichkeiten. Sie gehen de facto gegen Null.

Konkret sieht es so aus, dass 465.000 PrivataktionärInnen zusammen gerade einmal 24 Prozent des Kapitals halten. Es ist jedoch noch zwischen GroßaktionärInnen und KleinaktionärInnen zu unterscheiden. Werden die Groß- und Größt-

Groß- und GrößtaktionärInnen; insbesondere jene, die zum erlauchten Kreis der Multi-Milliardäre gehören, die die Wirtschaft der Welt regieren. Diese treten allerdings in aller Regel nicht offen in Erscheinung. Sie verstecken sich doppelt und dreifach getarnt im Bereich der institutionellen AnlegerInnen.

Aufgrund eigenen Besitzes halten 2.276 Banken und Versicherungen bei BAYER 55 Prozent aller Aktien. Zu ihrer Macht hinzu addieren sich die 12 Prozent, die mehrere Tausend Investmentgesellschaften halten. Oftmals sind die Investmentgesellschaften direkte Töchter der Banken. Die 2,9 Prozent, die 6.853 Anleger aus Industrie und Handel besitzen bzw. die 5,5 Prozent, die bei 14.537 nicht näher spezifizierten „Sonstigen“ liegen, fallen da bereits kaum noch ins Gewicht.



HV-Splitter #1

Widerstand und Gegenwehr

Kritische BAYER-AktionärInnen

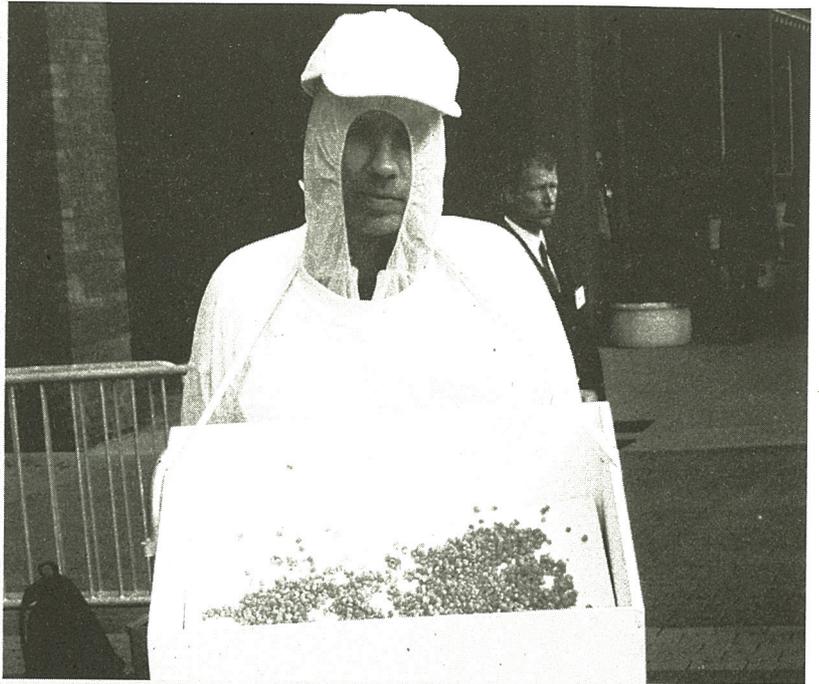
Als 1982 das erste Mal KritikerInnen auf der AktionärInnen-Versammlung des Chemie-Giganten aus Leverkusen das Wort ergriffen, hörten ihnen gerade einmal 1.200 verblüffte AktionärInnen zu. Was diesen da, teilweise von weither angereisten. ZeugInnen des tatsächlichen Geschehens, zu Gehör gebracht wurde, sprengte ihr Vorstellungsvermögen. Da änderte es auch nichts, dass Vorstand und Aufsichtsrat alle Anschuldigungen in immer gleichlautender Formulierung als „ohne jede Grundlage“ von sich wiesen. Es ging um haarsträubende Fälle von Umweltverseuchung, Menschenrechtsverletzungen, Gefährdung menschlicher Gesundheit und Tode aufgrund gefährlicher Produkte und Produktionen, Ausbeutung und Sozialabbau - kurzum um die hässliche Kehrseite der Gewinn- und Umsatzmilliarden. „Wenn das alles stimmt, was hier vorgetragen wird, dann sitzen da nur lauter Gangster“, rief ein fassungsloser Aktionärsvertreter und deutete mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die BAYER-Vorstandsriege.

In den folgenden Jahren erhöhte sich die Zuhörerschaft kontinuierlich. Bis schließlich weit mehr als 25.000 AktionärInnen nach Köln anreisten, um die bis dahin noch nie dagewesene Schelte des BAYER-Managements live mitzuerleben. Ein einzigartiger Vorgang in der Geschichte deutscher Aktiengesellschaften. Der Berliner *Tagesspiegel* brachte es so auf den Punkt: „Jahr für Jahr meldet sich auf der Hauptversammlung der Leverkusener BAYER AG die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zu Wort. Die bestorganisierte Kritikergruppe liefert einen Alternativen Geschäftsbericht“.

BAYER reagierte. Zunächst versuchte es der Konzern mit Abschreckung. Er gründete die Initiative „Malocher gegen Schmarotzer“ und ließ in propere weiße Overalls gekleidete Werkschutz-Leute vor der AktionärInnen-Hauptversammlung agitieren. Das ging voll daneben, denn die anreisenden AktionärInnen erkannten nicht in den KritikerInnen die „Schmarotzer“, sondern fühlten sich selbst verunglimpft und feuerten den verkappten Malochern der BAYER-Propaganda-Abteilung die Flugblätter erbst vor die Füße. BAYER lernte, strich die „Schmarotzer“, nannte seine Abschreckungstruppe fürderhin „Die Malocher“ und stellte ihr Werkschutzleute mit selbstgebastelten DKP-Fahnen zur Seite. Auf diese Weise sollte bei den AktionärInnen Sympathie für die BAYER-freundlichen, Blumen verteilenden „Malocher“ und Antipathie gegenüber den „kommunistischen“ KritikerInnen erzeugt werden. Doch auch diesmal blieben die gewünschten Effekte aus, die AktionärInnen begriffen alles nur als weitere Belebung ansonsten stinklangweiliger Hauptversammlungsroutinen.

Also griff der Chemie-Gigant zu drastischeren Mitteln. Er kürzte die Versorgung der AktionärInnen, die immerhin einen ganzen langen Tag in der stickigen Luft der Kölner Messehallen ausharren müssen, auf ein Minimum. Auf streng rationierte Marken gab es abstoßende, in Plastik verpackte Papp-Sandwiches und Getränke. War es früher selbstverständlich, dass die AktionärInnen, die ja immerhin das Geld für den Betrieb gaben, mit Filmen der BAYER-Tochter AGFA und mit Kosmetika aus eigener Produktion beschert wurden, so wurden jetzt diese AktionärInnen-Präsente ersatzlos gestrichen. Und auch die Eintrittskarten für die Hauptversammlung wurden auf rechtlich fragwürdige Weise beschränkt. Stehen jeder/m AktionärIn für jede ihrer/seiner Aktien eine Eintrittskarte zu, so wurde jetzt nur noch eine Eintrittskarte je Depot ausgegeben.

Insgesamt gelang es dem Konzern so, die Zahl der anreisenden AktionärInnen auf ca. 6.000 herunterzudrücken, doch dabei blieb es. Seit nunmehr 22 Jahren muss der Konzern es sich gefallen lassen, dass auf seiner Hauptversammlung die Hauptthemen nicht Gewinn und Dividende, sondern Umweltverbrechen, Produktionsgefahren, Menschenrechtsverletzungen und Sozialabbau sind.



HV-Splitter #2

Rechenkünstler BAYER

Dividende, Nennwert und Börsenwert

Mit einem errechneten Nennwert von 2,56 Euro haben die eigentlich nennwertlosen BAYER-Aktien einen Gesamtwert von 1,9 Milliarden Euro. Dies ist der Betrag, der in der BAYER-Bilanz als Grundkapital ausgewiesen ist. Auf ihn beziehen sich die realisierten und die ausgeschütteten Gewinne des Konzerns. Im Jahr 2004 waren dies 0,50 Cent ausgeschütteter Gewinn je Aktie, also satte ca. 20 Prozent Kapitalrendite.

BAYER-Aufsichtsratschef Dr. Manfred Schneider bekannte einmal: „Wir sind auf Profit aus, das ist unser Job!“. Zwar sind die Gewinne in 2004 mit ca. 350 Mio. Euro nicht so gigantisch wie in den Vorjahren, liegen aber immer noch bei 18,4 Prozent des Grundkapitals. Zudem ist zu berücksichtigen, dass der Konzern sich diesmal vorsätzlich arm gerechnet hat. Es ging darum, das Verhältnis Grundkapital zu Bilanzsumme zu verbessern, um so den Kurswert der Aktie anzufeuern und den Konzern zugleich gegen feindliche Übernahmen zu stärken. Zusätzlicher Effekt natürlich sind erhebliche Steuer-Gewinne aufgrund der hohen Sonderabschreibungen.

An diesen Gewinn-Bewertungen ändert sich auch dadurch nichts, dass der Kurswert der BAYER-Aktie bei ca. 26 Euro liegt. Vielfach wird die Dividende ins Verhältnis zum Kurswert gesetzt, und da machen sich die 0,50 Euro natürlich nicht so glänzend. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese sogenannte Kursrendite ein falsches Bild vermittelt und hohe Kursrenditen Ausdruck von Profitgier sind. Die Differenz zwischen Nenn- und Kurswert ergibt sich nämlich lediglich aufgrund des Handels der Aktie an der Börse und ist mithin also der Eintrittspreis in das Reich der Aktien-SpekulantInnen. Der Kurswert ist vom Nennwert völlig losgelöst und verschafft den AktionärInnen bei Kauf und Verkauf der Aktien zusätzliche Gewinn- und auch Verlustmöglichkeiten.



ABONNIEREN SIE JETZT!

C O U P O N



Ich/wir abonniere/n für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-SoliFonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontonr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 3339 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



HV-Splitter #1

Widerstand und Gegenwehr

Kritische BAYER-AktionärInnen

Als 1982 das erste Mal KritikerInnen auf der AktionärInnen-Versammlung des Chemie-Giganten aus Leverkusen das Wort ergriffen, hörten ihnen gerade einmal 1.200 verblüffte AktionärInnen zu. Was diesen da, teilweise von weither angereisten. ZeugInnen des tatsächlichen Geschehens, zu Gehör gebracht wurde, sprengte ihr Vorstellungsvermögen. Da änderte es auch nichts, dass Vorstand und Aufsichtsrat alle Anschuldigungen in immer gleichlautender Formulierung als „ohne jede Grundlage“ von sich wiesen. Es ging um haarsträubende Fälle von Umweltverseuchung, Menschenrechtsverletzungen, Gefährdung menschlicher Gesundheit und Tode aufgrund gefährlicher Produkte und Produktionen, Ausbeutung und Sozialabbau - kurzum um die hässliche Kehrseite der Gewinn- und Umsatzmilliarden. „Wenn das alles stimmt, was hier vorgetragen wird, dann sitzen da nur lauter Gangster“, rief ein fassungsloser Aktionärsvertreter und deutete mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die BAYER-Vorstandsriege.

In den folgenden Jahren erhöhte sich die Zuhörerschaft kontinuierlich. Bis schließlich weit mehr als 25.000 AktionärInnen nach Köln anreisten, um die bis dahin noch nie dagewesene Schelte des BAYER-Managements live mitzuerleben. Ein einzigartiger Vorgang in der Geschichte deutscher Aktiengesellschaften. Der Berliner *Tagesspiegel* brachte es so auf den Punkt: „Jahr für Jahr meldet sich auf der Hauptversammlung der Leverkusener BAYER AG die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zu Wort. Die bestorganisierte Kritikergruppe liefert einen Alternativen Geschäftsbericht“.

BAYER reagierte. Zunächst versuchte es der Konzern mit Abschreckung. Er gründete die Initiative „Malocher gegen Schmarotzer“ und ließ in propere weiße Overalls gekleidete Werkschutz-Leute vor der AktionärInnen-Hauptversammlung agitieren. Das ging voll daneben, denn die anreisenden AktionärInnen erkannten nicht in den KritikerInnen die „Schmarotzer“, sondern fühlten sich selbst verunglimpft und feuerten den verkappten Malochern der BAYER-Propaganda-Abteilung die Flugblätter erbst vor die Füße. BAYER lernte, strich die „Schmarotzer“, nannte seine Abschreckungstruppe fürderhin „Die Malocher“ und stellte ihr Werkschutzleute mit selbstgebastelten DKP-Fahnen zur Seite. Auf diese Weise sollte bei den AktionärInnen Sympathie für die BAYER-freundlichen, Blumen verteilenden „Malocher“ und Antipathie gegenüber den „kommunistischen“ KritikerInnen erzeugt werden. Doch auch diesmal blieben die gewünschten Effekte aus, die AktionärInnen begriffen alles nur als weitere Belebung ansonsten stinklangweiliger Hauptversammlungsroutinen.

Also griff der Chemie-Gigant zu drastischeren Mitteln. Er kürzte die Versorgung der AktionärInnen, die immerhin einen ganzen langen Tag in der stickigen Luft der Kölner Messehallen ausharren müssen, auf ein Minimum. Auf streng rationierte Marken gab es abstoßende, in Plastik verpackte Papp-Sandwiches und Getränke. War es früher selbstverständlich, dass die AktionärInnen, die ja immerhin das Geld für den Betrieb gaben, mit Filmen der BAYER-Tochter AGFA und mit Kosmetika aus eigener Produktion beschert wurden, so wurden jetzt diese AktionärInnen-Präsente ersatzlos gestrichen. Und auch die Eintrittskarten für die Hauptversammlung wurden auf rechtlich fragwürdige Weise beschränkt. Stehen jeder/m AktionärIn für jede ihrer/seiner Aktien eine Eintrittskarte zu, so wurde jetzt nur noch eine Eintrittskarte je Depot ausgegeben.

Insgesamt gelang es dem Konzern so, die Zahl der anreisenden AktionärInnen auf ca. 6.000 herunterzudrücken, doch dabei blieb es. Seit nunmehr 22 Jahren muss der Konzern es sich gefallen lassen, dass auf seiner Hauptversammlung die Hauptthemen nicht Gewinn und Dividende, sondern Umweltverbrechen, Produktionsgefahren, Menschenrechtsverletzungen und Sozialabbau sind.



HV-Splitter #2

Rechenkünstler BAYER

Dividende, Nennwert und Börsenwert

Mit einem errechneten Nennwert von 2,56 Euro haben die eigentlich nennwertlosen BAYER-Aktien einen Gesamtwert von 1,9 Milliarden Euro. Dies ist der Betrag, der in der BAYER-Bilanz als Grundkapital ausgewiesen ist. Auf ihn beziehen sich die realisierten und die ausgeschütteten Gewinne des Konzerns. Im Jahr 2004 waren dies 0,50 Cent ausgeschütteter Gewinn je Aktie, also satte ca. 20 Prozent Kapitalrendite.

BAYER-Aufsichtsratschef Dr. Manfred Schneider bekannte einmal: „Wir sind auf Profit aus, das ist unser Job!“. Zwar sind die Gewinne in 2004 mit ca. 350 Mio. Euro nicht so gigantisch wie in den Vorjahren, liegen aber immer noch bei 18,4 Prozent des Grundkapitals. Zudem ist zu berücksichtigen, dass der Konzern sich diesmal vorsätzlich arm gerechnet hat. Es ging darum, das Verhältnis Grundkapital zu Bilanzsumme zu verbessern, um so den Kurswert der Aktie anzufeuern und den Konzern zugleich gegen feindliche Übernahmen zu stärken. Zusätzlicher Effekt natürlich sind erhebliche Steuer-Gewinne aufgrund der hohen Sonderabschreibungen.

An diesen Gewinn-Bewertungen ändert sich auch dadurch nichts, dass der Kurswert der BAYER-Aktie bei ca. 26 Euro liegt. Vielfach wird die Dividende ins Verhältnis zum Kurswert gesetzt, und da machen sich die 0,50 Euro natürlich nicht so glänzend. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese sogenannte Kursrendite ein falsches Bild vermittelt und hohe Kursrenditen Ausdruck von Profitgier sind. Die Differenz zwischen Nenn- und Kurswert ergibt sich nämlich lediglich aufgrund des Handels der Aktie an der Börse und ist mithin also der Eintrittspreis in das Reich der Aktien-SpekulantInnen. Der Kurswert ist vom Nennwert völlig losgelöst und verschafft den AktionärInnen bei Kauf und Verkauf der Aktien zusätzliche Gewinn- und auch Verlustmöglichkeiten.

ABONNIEREN SIE JETZT!

STICHWORT BAYER erscheint seit 1982 und ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle.

STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und den weltweiten Widerstand gegen einen der größten multinationalen Konzerne.

Je stärker STICHWORT BAYER, desto größer die Wirkung. Jetzt abonnieren!

ACHTUNG THEMEN:
Korruption in der Alltagswelt
virtuelle Geschäfte und neue Arbeitsplatzvermittlung • Umweltschutz auf dem Abstellplatz • Bündnis des Kapitals mit der Barbarei •

C O U P O N

Ich/wir abonniere/n für € jährlich.
(Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Ich/wir spende/n zur Stärkung von SWB an den SWB-SoliFonds €

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____

Kontonr. _____

BLZ _____

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____ Alter _____

Bitte zurücksenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren,
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fax 02 11 - 3339 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com



HV-Splitter #3

BAYER befindet sich in deutscher Hand

Auch wenn BAYER ein multinationaler Konzern ist, so befindet sich das Unternehmen doch überwiegend im Besitz deutscher AktionärInnen. Im Ausland werden lediglich 44 Prozent des Kapitals gehalten. Dabei führt Großbritannien mit 12 Prozent, gefolgt von den USA mit neun Prozent, der Schweiz mit acht Prozent, Luxemburg mit vier Prozent und den Niederlanden mit drei Prozent. Die hohen Anteile der Schweiz und Luxemburgs sind sicherlich zu großen Teilen der Steuerflucht privater und institutioneller GroßaktionärInnen aus der Bundesrepublik geschuldet, was den deutschen Anteil weiter stärkt.

HV-Splitter #4

Die Bosse greifen in die Kasse

Bei BAYER gibt es für Belegschaftsangehörige drei Aktienerwerbs-Programme. Da ist zunächst für die einfachen Belegschaftsangehörigen (BAYER-Deutsch: „Tarifmitarbeiter und leitende Kräfte der unteren Ebenen“) das „Aktienbeteiligungsprogramm“. Unter bestimmten Voraussetzungen können BAYER-MitarbeiterInnen zu vergünstigten Bedingungen oder im Rahmen von Prämien-Leistungen Aktien erwerben. Über diese Anteile können sie allerdings nicht frei verfügen, es gelten sehr restriktive Bedingungen für den Verkauf dieser Papiere.

Anders bei den „oberen Führungskräften“. Ihnen werden BAYER-Aktien im Rahmen eines „Aktien-Incentive-Programms“ gratis und zur freien Verfügung zugewiesen. „Sofern bestimmte Erfolgs- und Haltekriterien erfüllt werden“, über die sich der Leiter des BAYER-Ressorts „Corporate Investor Relations“, Dr. Alexander Rosar, nicht weiter äußert.

Die BAYER-Bosse schließlich (BAYER-Deutsch: „Mitarbeitergruppe der höchsten Vertragsstufe“) können sich ungehindert im Rahmen eines sogenannten „Aktien-Options-Programms“ bedienen. Hier weisen sich die Herren (Damen gibt es in der BAYER-Vorstandsriege nicht) z. B. im Rahmen von Neu-Emissionen ganze Kontingente „junger Aktien“ zum weit unter Börsenkurs liegenden Vorzugspreisen per Beschluss selbst zu. Dies kommt einem legalen Griff in die Kasse gleich.

Vor dem Hintergrund dieser Aktien-Programme für das Management wird deutlich, dass der/die „einfache“ BelegschaftsaktionärIn mit Sicherheit erheblich weniger Aktien im Depot hat als die von BAYER gemeldeten durchschnittlich 311 Aktien je Mitarbeiterdepot. Und der Vorstandsvorsitzende, Dr. Wenning, nennt mit Garantie ein Vielfaches dieses Durchschnitts sein Eigen.



HV-Splitter #5

Die BelegschaftsaktionärInnen

Zu der Gruppe der PrivataktionärInnen gehören auch rund 50.000 bundesdeutsche Beschäftigte von BAYER-Werken und Tochter-Unternehmen. Diese BelegschaftsaktionärInnen halten 2,1 Prozent des Gesamtkapitals. In jedem dieser Mitarbeiterdepots, die bei COMMERZBANK, DEUTSCHE BANK und der SPARKASSE LEVERKUSEN geführt werden, liegen durchschnittlich 311 Aktien im Wert von gerade einmal ca. 800 Euro. Damit finanzieren die Beschäftigten den Konzern zwar mit 39,9 Mio. Euro, gehören aber grundsätzlich zu den Mini-AktionärInnen. Ausländischen MitarbeiterInnen werden laut dem Chef des BAYER-Ressorts „Corporate Investor Relations“, Dr. Alexander Rosar, grundsätzlich keine Belegschaftsaktien angeboten.



Spuren hinterlassen.

Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

Fax 0211 - 26 11 220

Absender/in:

.....
Vorname, Name

.....
PLZ, Ort

.....
Straße, Haus-Nr.

.....
Telefon, Fax

.....
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf**

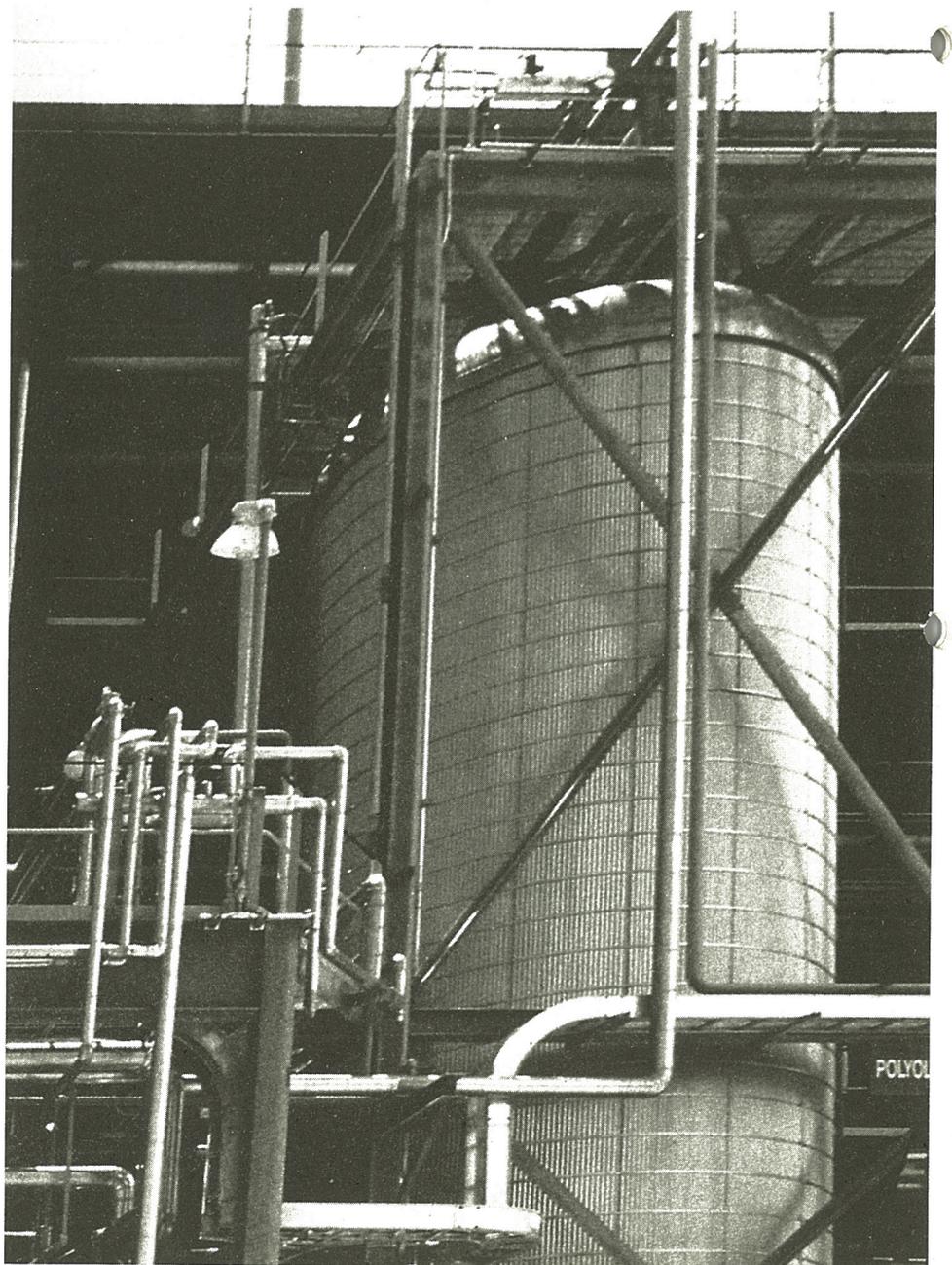
eMailCBGnetwork@aol.com

Explosion im Baytownner BAYER-Werk

„Erst dachte ich, es wäre ein Donnerschlag“

Mitte Februar explodierte im BAYER-Werk Baytown/USA eine Produktionsanlage für Toluyldiamin (TDA). Der krebserregende Stoff wird auch im BAYER-Werk Dormagen hergestellt - erst im Dezember weihte der Konzern dort die weltweit größte TDA-Anlage ein. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) wandte sich an das Umweltministerium NRW, um mögliche Risiken für die AnwohnerInnen in Dormagen zu ermitteln. Bereits 1997 war in Dormagen ein Reaktor explodiert, 12 Tonnen TDA gelangten in die Umwelt.

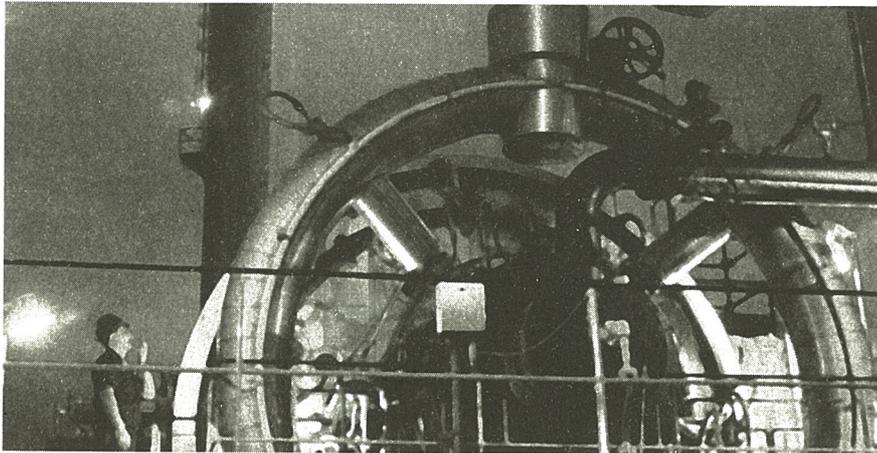
Von Philipp Mimkes



Das Baytownner BAYER-Werk

„Ich bin beunruhigt. Jeder in Baytown ist beunruhigt“, sagt Jean Higman gegenüber dem *Houston Chronicle*. Ihr Nachbar Burl McBride versucht sie zu beruhigen: „Man darf sich nicht zu viele Sorgen machen. Das ist ein Teil unseres Lebens hier“.

Higman und McBride können von ihren Gärten aus auf das BAYER-Werk im texanischen Baytown - 50 km östlich von Houston - sehen. Am Abend des 13. Februar explodierte dort eine Produktionsanlage für Toluylendiamin (TDA). Der Knall war viele Kilometer weit zu hören. „Erst dachte ich, es wäre ein Donner-



schlag“, ergänzt Toni McBride, Ehefrau von Burl McBride. „Ungewöhnlich war nur, dass das ganze Haus wackelte“. McBride lief mit ihren Söhnen in den Garten und sah Flammen und eine hohe Rauchsäule.

Schon einen Tag nach dem Großunfall in Baytown traf ein Expertenteam aus deutschen BAYER-Werken ein, um die Ursachen der Explosion zu untersuchen. Grund für die Eile: BAYER stellt TDA auch im nordrhein-westfälischen Dormagen her. Dort steht seit kurzem die weltweit größte TDA-Anlage mit einer jährlichen Kapazität von 200.000 Tonnen. TDA ist ein Vorprodukt von Polyurethanen, die in Dämmstoffen, Matratzen, Kühlschränken und Autositzen verwendet werden. Die Polyurethan-Produktion steht in der Kritik, weil dabei auch das hoch toxische Gas Phosgen zum Einsatz kommt.

Doch trotz der prompten Untersuchungen blieben die Informationen für die Öffentlichkeit vage: Nach Aussage von BAYER-Sprecherin Cherie Laughlin sei es „beim Anfahren des Reaktors zu einem instabilen Zustand“ gekommen, der zu einer „erhöhten Konzentration bestimmter Chemikalien im Reaktor“ führte. Schließlich platzte der Reaktor, wodurch eine Zuleitung mit Isopropanol entzündet wurde. Genauere Aussagen verweigerte

Laughlin mit Hinweis auf das „geheime Produktionsverfahren von TDA“.

Messungen der Luft oder des Löschwassers wurden von unabhängiger Seite aus nicht vorgenommen. Ein Vertreter der staatlichen Behörde „Texas Commission on Environmental Quality“ war zwar am Unfallort, nahm sich aber für die gesamte

„Ich bin beunruhigt. Jeder in Baytown ist beunruhigt“

Untersuchung nur eine Stunde Zeit. Trotzdem versicherte Unternehmenssprecherin Laughlin, dass „zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Anwohner“ bestanden

habe - ihre Rhetorik unterscheidet sich damit in keiner Weise von der ihrer Kolleginnen auf dieser Seite des Atlantiks.

Nur wenige Wochen vor dem Unfall in Baytown, am 4. Dezember 2003, hatten BAYER-Chef Werner Wenning und Ministerpräsident Peer Steinbrück die neue TDA-Anlage in Dormagen eröffnet. Die CBG und der BUND NRW hatten zwei Jahre zuvor einen Einspruch gegen die Genehmigung der Anlage eingelegt und die Anwendung eines chlorfreien und damit risikoärmeren Produktionsverfah-

rens gefordert, wie es anderswo schon in Betrieb ist. Auch den enormen Wasserverbrauch von rund 30 Millionen Kubikmetern pro Jahr kritisierten die Umweltverbände. Trotzdem war die Anlage wie von BAYER gewünscht genehmigt und gebaut worden.

In Dormagen ist der Abstand zwischen Werksanlagen und Wohnsiedlungen noch geringer als in Baytown. Bereits 1997 war in Dormagen ein TDA-Reaktor explodiert, 12 Tonnen der krebserregenden Chemikalie traten aus und verteilten sich teilweise bis über die Werksgrenzen - sogar ein vorbeifahrender Zug wurde getroffen. Rauchwolken zogen in die nahen Wohngebiete. Die Zusammensetzung der Brandgase blieb unbekannt, von UmweltschützerInnen geforderte Untersuchungen der AnwohnerInnen blieben aus. Die CBG forderte in einem Offenen Brief an den damaligen Ministerpräsidenten Rau gemeinsam mit dem BBU und dem BUND, die Ursachen des damaligen Unfalls sowie die Risiken für die AnwohnerInnen publik zu machen. „Auf lange Sicht müssen gefährliche Anlagen aus Wohngebieten verlagert werden“, hieß es in dem Schreiben weiter.

Durch den Störfall in Baytown erhalten diese Sorgen neue Nahrung. Die CBG wandte sich daher erneut an die nordrhein-westfälische Landesregierung, um die Landesbehörden auf den Unfall in Texas hinzuweisen und mögliche Risiken für die DormagenerInnen zu ermitteln. Unklar ist vor allem, ob sich die Produktionsprozesse in Baytown und Dormagen ähneln und ob auch hierzulande eine Explosion möglich ist. 2 1/2 Monate später erhielt die CBG eine Antwort: Die Behörde habe das Schreiben an das Umweltbundesamt weitergeleitet.

Sehr geehrte Frau Höhn,

Vor dem Hintergrund der Explosion im BAYER-Werk Baytown möchten wir Sie bitten, die folgenden Fragen zu klären:

1. Wie genau kam es zu dem Unfall in Baytown? Welche weiteren Anlagen wurden in Mitleidenschaft gezogen?
2. Welche Stoffe gelangten in die Umwelt?
3. Ist ein Störfall wie in Baytown bei BAYER-Deutschland möglich? Welche Folgen für die Anwohner hätte ein solcher Unfall? Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Explosion in Baytown und dem Störfall in der Dormagener TDA-Produktion am 30. Juni 1997?
4. Welche Konsequenzen ergeben sich für die Sicherheitsvorkehrungen bei BAYER Dormagen?
5. Sind die Verfahren zur Herstellung bzw. Weiterverarbeitung von TDA in Baytown und Dormagen vergleichbar? Wenn nicht, worin unterscheiden sie sich?

Mit freundlichen Grüßen,

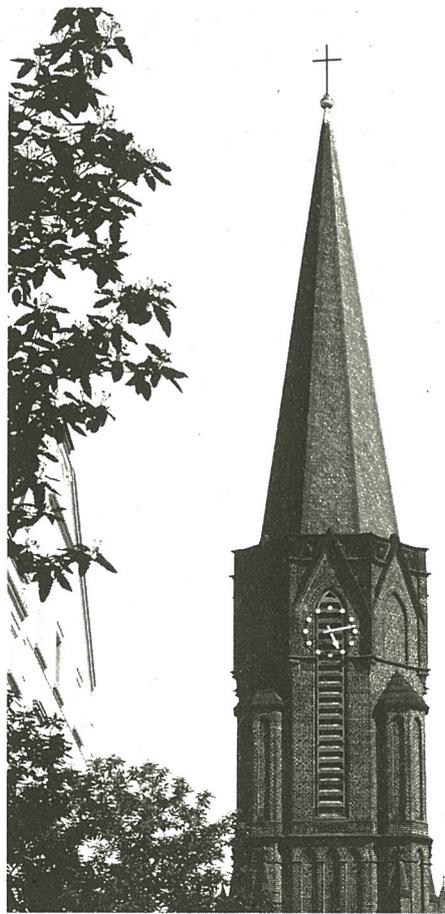
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN E.V.

Kirche & KonzernkritikerInnen

Abgekanzelt

Gemessen am BAYER-Konzern, dessen Umsatz bei offiziell ausgewiesenen 29 Milliarden Euro liegt (lt. Geschäftsbericht 2003), ist das Netzwerk seiner Kritiker ein winziger Zwerg. Seine spendenabhängige Arbeit ist chronisch unterfinanziert. Neben einer halben Stelle auf Honorarbasis arbeiten die Kritiker ehrenamtlich. So feudal ausgestattet wie die konzernfreundlichen „Christen in der Chemie“ können sie sich auf Kirchentagen nicht präsentieren. Gleichwohl: Seit 1978 streut die „COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN“ (CGB) unermüdlich Sand ins Konzerngetriebe und meldet sich auf Hauptversammlungen durch kritische Aktionäre erfolgreich zu Wort.

Von Peter Bürger



Die Liste der CGB-Vorwürfe, denen BAYER und seine Tochterfirmen niemals juristisch entgegengetreten sind, ergibt ein trauriges Sündenregister des Chemie-Riesen: Inkaufnahme gravierender Gesundheitsschäden bei ArbeiterInnen in der südafrikanischen Chromatherstellung, eine lange Tradition in der Produktion chemischer Kampfstoffe (Chemiewaffen für den I. Weltkrieg, Zyklon B für den Holocaust, Tabun und Sarin für den II. Weltkrieg, Agent Orange bzw. Dioxin-Produkte für den Vietnamkrieg, Entwicklung neuerer Kampfstoffe wie der binären VX-

Kampfstoffe für die US-Army, Repressionen gegen brasilianische GewerkschafterInnen, skrupellose Werbung für das hochgiftige „Insektenspray“ BAYGON in Guatemala, gezielte Vermarktung von potenziell infektiösen Blutprodukten in Asien (ohne Testung auf den AIDS-Erreger), Leid und Tod durch den Einsatz von BAYER-Pestiziden vor allem in „Entwicklungsländern“ (u.a. Bolivien, Philippinen, Brasilien) sowie Bienen-Sterben in Europa, Pläne für Tests von Pflanzengiften in Menschenversuchen, die Planung einer TDI-Produktion in Taiwan mit hohem Risi-

kopotential, der Skandal um den Cholesterin-Senker LIBOBAY, Indien-Vertrieb von Giften, die in Industrieländern längst verboten sind, Kunststoffproduktion mit Hormongiften (Bisphenol A, Phthalate), Coltan-Aufkauf und -Handel durch die BAYER-Tochter H.C. STARCK mit Bürgerkriegsparteien im Kongo, viel zu späte Einstellung der Produktion der hochgefährlichen Polychlorierten Biphenyle, Vorreiterrolle auf dem Weg zu gentechnologisch manipulierten Lebensmitteln, von Deutschland abweichende Sicherheitsstandards für ein in Lateinamerika vertrie-

benes Holzschutzmittel, Duldung von Kinderarbeit bei indischen Zulieferbetrieben, Vernichtung von Arbeitsplätzen rund um den Erdball ... Jüngst gelangte BAYER erneut auf die vom US-Magazin „Multinational Monitor“ veröffentlichte Liste der 10 schlimmsten Konzerne, die „Verbraucher betrügen, die Umwelt verseuchen und Arbeitsrechte missachten“.

Bis zu ihrem Tod war die Theologin Dorothee Sölle im Beirat der CGB vertreten. Durch den Superintendenten Hoffmann des Evangelischen Kirchenkreis Oberhausen wurde der CGB im Jahr 2000 sogar der Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) für ihr soziales und umweltpolitisches Engagement verliehen. Teile der Amtskirche erleben die Konzernkritiker jedoch keineswegs als Verbündete. Ihren mühseligen Dialogweg mit der Evangelischen Kirche im Rheinland, in deren Bereich sich die Zentrale des BAYER-Konzerns befindet, sehen sie nach jahrelanger „Hinhaltetaktik“ in einer Sackgasse angelangt.

Alles begann 1986 mit der Deutschlandreise des brasilianischen Werksfeuerwehrmannes Paulo Morani zur Aktionärsversammlung des BAYER-Konzerns. Er kritisierte dort den Konzern und seine

Werksleitung im brasilianischen BAYER-Werk Belford Roxo wegen unzureichender bzw. fehlender Alarmpläne. Für Moranis Reise erhielt die CGB auf Empfehlung des Bischofs von Rio de Janeiro 2.000 DM Zuschuss vom „Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik“ (ABP) der Evangelischen Kirche. Vertreter des Konzerns hätten nun, so eine CBG-Dokumentation, mit Hinweis auf den möglichen Ausfall von Kirchensteuern in dreistelliger Millionenhöhe Druck ausgeübt. Die Ev. Kirche habe danach ihre „BAYER-Freundlichkeit“ nicht nur durch Kamingespräche unter Beweis gestellt:

- 1988 Aberkennung des Pastorentitels für die engagierte BAYER-Kritikerin Friedel Geisler - elf Jahre nach ihrer Ordination,
- Ersetzung eines BAYER-kritischen Films „Unser täglich Gift“ von Frederico Füllgraf über Folgen des Pestizideinsatzes in Entwicklungsländern im Evangelischen Mediendienst durch den Titel „Das Problem ist der Mensch“, welcher die Verantwortung auf die Konsumentenseite verlagert,
- Strafversetzung des Pastors Pustofka 1988 in Brunsbüttel, da er sich für BAYER-Beschäftigte eingesetzt hatte,

- Platzierung von BAYER-Repräsentanten im Präsidium des Kirchentags in Düsseldorf und auf Podien im Rahmen des konziliaren Prozesses; wie auf dem Ökumenischen Treffen 1987 in Knechtsteden bei Dormagen (i.e. BAYER-Werksstandort!).

Indessen fühlten sich die BAYER-Kritiker von der Kirche abgekanzelt. Ein 1996 erneut beim ABP eingereicherter Antrag auf Förderung eines elektronischen Chemie-Informationsdienstes (Keycode Bayer) wurde abgelehnt, obwohl man ihn für „grundsätzlich sinnvoll und förderungswürdig“ hielt und der ABP es sehr wichtig fand, sich mit negativen Folgen der Geschäftspolitik von weltweit agierenden Chemiekonzernen auseinanderzusetzen. Als Begründung wurden ganz offen erhebliche Bedenken der Rheinischen Landeskirche und speziell ein Widerspruch des Kirchenkreises Leverkusen genannt. In Leverkusen arbeiten viele Gemeindeglieder und kirchliche Funktionsträger bei BAYER. Der dortige Superintendent Viktor Wendt erklärte 1998, es gäbe keine Veranlassung, mit den Kritikern des Konzerns in Berührung zu kommen. 1999 demonstrierten parallel zum Kölner Weltwirtschaftsgipfel 400 indische Landarbeiter →

An alle AbonnentInnen

Konzernkritik stärken STICHWORT BAYER weiterverbreiten:

- STICHWORT BAYER (SWB) ist ein wichtiges Stück öffentlicher Kontrolle. Je mehr Menschen STICHWORT BAYER lesen,
- desto größer die Wirkung. Wir bitten unsere AbonnentInnen: Helfen Sie mit, STICHWORT BAYER zu verbreiten. Bestellen
- Sie zusätzliche Exemplare zur Verbreitung im Freundeskreis und Ihrer Bekanntschaft.

Ich/wir habe/n bereits abonniert und bestelle/n zusätzlich Zusatzexemplare je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 € je Heft

Ich/wir habe/n noch nicht abonniert und möchte/n das für € jährlich tun (Personen mind. 30,00 €, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 €, höhere Beträge sind erwünscht).

Nur AbonnentInnen erhalten das Supplement TICKER gratis.

Hiermit ermächtige/n ich/wir die Coordination gegen BAYER-Gefahren die Beträge für die Bestellung bis auf Widerruf von meinem Konto per Lastschrift einzuziehen

STICHWORT BAYER

Coupon Bitte zurücksenden an:

Coordination
gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18,
40081 Düsseldorf
Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Bank: _____

BLZ: _____ Kontonummer: _____

Datum/Unterschrift _____ Alter: _____

Coupon!

vor dem Leverkusener BAYER-Werk gegen den Einsatz von Pestiziden und Gentechnik in der Landwirtschaft. Kirchliche UnterstützerInnen, so die CBG, zogen ihre Beteiligung nach Weisung des Superintendenten in letzter Minute zurück. Von der „Evangelischen Erwachsenenbildung Leverkusen“ zugesagte Räumlichkeiten für eine öffentliche Diskussionsveranstaltung wurden ebenso kurzfristig verweigert.

Bereits 1994 hatte der rheinische Präses Peter Baier gemeint, man müsse der „COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN“ die Chance geben, ihre Vorwürfe beispielhaft zu erhärten. Sein Nachfolger Manfred Kock sagte 1997 eine Prüfung der zurückliegenden Förderpraxis des ABP und der damit einhergehenden Konflikte zu. Der Dialog zwischen Kirche und Konzernkritikern kam neu in Gang. Als vertrauensbildende Maßnahme wurde 1999 ein gemeinsames Projekt besprochen: eine Studie über den Einsatz von BAYER-Pestiziden in Brasilien oder auf den Philippinen. Aus Gründen der Kirchenpartnerschaft fiel der Focus 2000 auf die Philippinen. Dort sollten mit Hilfe des international geachteten Wissenschaftlers und Sprechers von PAN Philippines, Dr. Romeo

Quijano (Universität Manila) in Kamukhaan auf der Insel Mindanao Gesundheitsschäden nach Einsatz von BAYER-Pestiziden erforscht werden. Ohne Vorfinanzierung recherchierte die CBG und legte Pestizideinsatzdaten und eine Projektagenda vor. Im Frühjahr 2003 aber sah man sich jedoch plötzlich - ohne jede Absprache - mit dem philippinischen Reisebericht eines kirchlichen Mitarbeiters konfrontiert. In Kamukhaan, so heißt es darin u.a., fehle es „an Motivation zur Selbsthilfe“. Präsentiert wurde stattdessen ein alternatives Projekt, dem ein Bezug zu BAYER-Produkten ganz offenbar fehlt.

Die Briefe und Gesprächsprotokolle im Kirchenordner der CBG belegen die Ohnmacht von gutwilligen Kirchenleuten. Sie zeugen vor allem von viel Frust über Verzögerungen und eine einseitige Neudefinition von „Kooperation“. Mehr als zwei Jahre lang glaubte man, alles werde durch ein gemeinsames Vorhaben auf den Philippinen doch noch zu einem guten Ergebnis geführt. Das bislang letzte Gespräch am 17.10.2003 im Landeskirchenamt hat die CBG-Aktiven resignieren lassen und zum Ausstieg bewegt. Die zuständige Referentin im Landeskirchen-

amt habe ihnen klar gemacht, dass von einer echten Projektpartnerschaft keine Rede sein könne. Es sei stets lediglich um Konsultationen und Anregungen gegangen. Bitter entdeckten die CGB-Teilnehmer im Raum einen BAYER-Kalender. Was hat, so fragten sie sich, ein Werbegeschenk ausgerechnet dieses Konzerns in einer kirchlichen Amtsstube verloren? Es passte schließlich ins Bild, dass im Mai 2004 der Evangelische Entwicklungsdienst nach neun Monaten Bearbeitungszeit einen eiligen CGB-Antrag zur Veröffentlichung einer Studie „Kinderarbeit in Indien“ ablehnte und darauf verwies, dass diese ja zwischenzeitlich ins Internet gestellt worden sei. Ist die Skepsis der CGB-Mitarbeiter berechtigt? Sie halten jedenfalls BAYER für so einflussreich, dass selbst ein punktuell zusammengekommen von Kirche und Konzernkritik mit Widerstand innerhalb und außerhalb der Glaubensgemeinschaft zu rechnen hat - ja schier unmöglich bleibt.

Internetseite der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“:
www.CBGnetwork.org

vernetzen2.0

iosk Aktivisten Internet Anzeigen Initiativen Autoren Austau
vernetzen2.0

Lesen Sie ab sofort täglich in **junge Welt**, wie linke Aktivisten, Initiativen, Publizisten, Organisationen auf verschiedenste Weise, aus unterschiedlichen Anlässen und mit vielfältigsten Ideen ihre Kräfte bündeln, wie sie dafür unsere linke Tageszeitung nutzen und sie zugleich stärken. Garantiert sind auch Anregungen für Sie dabei. Oder es ist Platz für Ihren Beitrag.
Lesen! Mitmachen! Abonnieren!

www.jungewelt.de

Die Tageszeitung
junge Welt
... täglich am Kiosk

Probeabo

Ja, ich will die **junge Welt** für 9 Wochen ausprobieren.

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Dafür bezahle ich 19 Euro. Will ich die **junge Welt** danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die **junge Welt** weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probe- wochen monatlich

- Normalabo: 26,80 Euro,
- Soliabo: 34,20 Euro,
- Sozialabo: 19,60 Euro.

Ich bezahle mein Abo
 monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt)
 per Rechnungslegung
 Einzugsermächtigung

Das Abo soll ab Montag, den beginnen.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut/Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) schriftlich bei Ihnen kündige.

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Straße 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44.

GEKLONT.....TWOJKEG

Wohl oder Fluch der Menschheit? Novel Food, Gene-Pharming, Genetische Diagnostika, Reproduktionstechnologie und andere Unwörter beherrschen das Feld. Nur wer sich informiert, kann sich erfolgreich auseinandersetzen.

TRÉITNÉTAP.....PATENTIERT

Anita Idel/Benedikt Haerlin/
Flóriane Koechlin

GENOPOLY

Noch nie wurde eine neue Technologie derart gegen den Willen der Betroffenen erzwungen. Hintergründe und Informationen.
Paperback, Großformat, ca. 130 S., 15,00 €.

Bestell-Nr. 1 581 053

Altner/Krauth/Lünzer/Vogtmann (Hg.)

GENTECHNIK UND LANDWIRTSCHAFT

Die Folgen der Gentechnologie für Umwelt und Lebensmittelerzeugung. Taschenbuch, ca. 248 S., 6,50 €.

Bestell-Nr. 1 097 99X

Hans-Ulrich Grimm

AUS TEUFELS TOPF

Nahrungsmittel aus den Labors von BAYER & Co. sind längst eine globale Gefahr für jeden Menschen. Das zeigen eine Fülle bereits eingetretener Schadensfälle.

Leinen mit Schutzumschlag, ca. 302 S., 21,50 €.

Bestell-Nr. 1 919 694

Tappeser/Baier/Dette/Tügel

DIE BLAUE PAPRIKA

Auf dem Esstisch landen immer mehr Produkte aus industrieller Herstellung. Schön und schmackhaft gemacht mit Chemie und Gentechnik. Ratgeber, um gesund einzukaufen.
Paperback, ca. 238 S., 22,00 €.

Bestell-Nr. 1 360 666

Christian Hiß (Hg.)

DER GENAUE BLICK

Ein Blick in die Labors, in die landwirtschaftliche Praxis, in Werbeagenturen und Ethikkommissionen. Ein Bogen von der Ersten in die Dritte Welt, vom Hersteller bis zum Verbraucher. Fakten, die es ermöglichen die Grüne Gentechnik kritisch auf dem Prüfstand zu stellen.

Paperback, ca. 160 S., 16,00 €.

Bestell-Nr. 1 581 010

VIDEO

Kai Krüger/Bertram Verhaag

TOTE ERNTE -

DER KRIEG UM'S SAATGUT

Die sogenannte Terminator- Technologie manipuliert Pflanzen gentechnisch so, dass sie nur einmal keim-

fähig sind. Sie macht die Bauern mit Hilfe der Gentechnik endgültig von den Konzernen abhängig. Eine Wiederaussaart der Ernte ist zwecklos.
Video, ca. 45 Min., 25,00 €.

Bestell-Nr. 3 000 035

Gertrude Klaffenböck/Eva Lachkovics/Südwind Agentur (Hg.)

BIOLOGISCHE VIELFALT

Wer die genetischen Ressourcen der Ernährung kontrolliert, hat die Macht über die Zukunft der Menschheit. Über die fortschreitende Patentierung von Lebensformen.

Paperback, ca. 294 S., 19,90 €.

Bestell-Nr. 1 992 198

Agrar Koordination des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO)

BUKO AGRAR-DOSSIER

20: SAATGUT

Ohne Saat keine Ernte, das weiß jedes Kind. Doch wer entscheidet, was gesät wird? In der modernen Landwirtschaft sind dies vor allem internationale Großkonzerne. Gentechnik, Verlust der Artenvielfalt bei Nutztieren und -pflanzen, Einschränkung der Souveränität der Landwirte sind die Gefahren, mit denen sich das Buch beschäftigt.

Taschenbuch, ca. 100 S., 7,00 €.

Bestell-Nr. 1 570 021

Agrar Koordination des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO)

BUKO AGRAR-DOSSIER

19: SOJA

Soja gehört zu den ältesten und wertvollsten Nahrungsmitteln der Welt. Heute landet es größtenteils in den Mägen von Schweinen, Hühnern und Rindern in den Industrieländern. Gentechnisch verändert findet sich Soja in vielen verschiedenen Lebensmitteln.

Taschenbuch, ca. 106 S., 12,00 €.

Bestell-Nr. 1 570 013

Brot für die Welt (Hg.)

VON GEN-PIRATEN UND PATENTEN

Weltweit entschlüsseln Wissenschaftler die Geheimnisse der Natur und bringen sie unter ihre Kontrolle. Für die Profite vor allem der Pharma- und Saatgutkonzerne. Diese

Biopiraterie bedroht die Artenvielfalt und untergräbt die Ernährungssicherheit.

Paperback, ca. 100S., 7,50 €.

Bestell-Nr. 1 992 015

PREISREDUZIERT - NUR BEI UNS
Ruben Scheller

DAS GEN-GESCHÄFT

Auch wenn bereits 15 Jahre alt, doch von brennender Aktualität. Umfassend werden alle Felder der Bio- und Gentechnologie behandelt und in den gesellschaftlichen Rahmen gestellt. Seit langem vergriffen, hier die allerletzten Exemplare.

Taschenbuch, ca. 284S., früher 10,50 €, jetzt nur noch 3,50 €.

Bestell-Nr. 1 423 451

Bernhard Epping

GEHEIME REZEPTE

Hinter dem Rücken der Verbraucher werden fremde Gene in vertraute Nahrungsmittel gemixt. Gen-Labors produzieren Zusätze für Brotteig, Vita-

mine, Süßstoff. Dieses Buch klärt auf. Kritisch, kompetent und unterhaltsam. Leinen mit Schutzumschlag, ca. 220 S., 21,50 €.

Bestell-Nr. 1 608 033

Hans-Ulrich Grimm

DER BIO-BLUFF

Bio ist prima. Bio schmeckt lecker. Mit Bio lässt sich aber auch gut verdienen. Das lockt die großen Konzerne: Mit Gentechnik, mit mehr Chemie wird Bio, was gar nicht Bio ist. Leinen mit Schutzumschlag, ca. 200S., 19,40 €.

Bestell-Nr. 1 608 70X

Jeremy Rifkin

DAS BIOTECHNISCHE ZEITALTER

Es geht nicht um das Wohl der Menschheit, sondern - mal wieder! - um Profite in Milliardenhöhe. Zum Nachteil der Menschheit und des Planeten.

Leinen m. Schutzumschlag, ca. 380 S., 22,45 €.

Bestell-Nr. 1 002 667

Jens Reich

ES WIRD EIN MENSCH GEMACHT

Die Grundlagen der Genforschung und die Möglichkeiten, die uns diese Forschung eröffnet. Ein Beitrag zu den ethischen Fragen diese Forschung auswirft.

Hardcover, ca. 190 S., 16,90 €.

Bestell-Nr. 1 344 710

✕ Jetzt bestellen bei:

WWW.J5A.NET

Postfach 15 01 61, 40078 Düsseldorf,

Fon 0211 - 26 11 210, Fax 0211 - 26 11 220, eMail bestellung@j5a.net

Anz.	Best.-Nr.	Kurztitel	Euro
1	XXXXX	kostenl. Gesamtkatalog	--- Euro

.....
.....
.....
.....

Porto/Verpackung Inland (Ausland je nach Kosten) 2,50 Euro

Gesamtbetrag Euro =====

Bitte Scheck oder Einzugsermächtigung:

Bank

Konto

Bankleitzahl

Adresse

..... Alter

Datum/Unterschrift

j5A - just fünf Argumente:
zukunfts-fähig, engagiert, parteilich,
überzeugend, wirksam

[internet] versand
www.J5A.net

• Bücher • Videos • CD-Rom

**Studie fordert mehr Transparenz
Oder: Warum Ackergifte gänzlich verboten gehören**

Für einen gläsernen Pestizid-Export!



Beim Handel mit Pestiziden bestehen große Informationslücken. Besonders in Entwicklungsländern, denen oft ein soziales, ökologisches und arbeitsrechtliches Schutzsystem fehlt, bringt der internationale Handel mit gefährlichen Pestiziden erhebliche Risiken mit sich. Jährlich werden Millionen Menschen in diesen Ländern Opfer von Vergiftungen durch Pestizide. In der Studie „Für einen gläsernen Pestizid-Export“ stellen das Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN und BROT FÜR DIE WELT detailliert dar, welche Informationen zum Pestizid-Export in der Bundesrepublik bisher verfügbar sind, warum das Nachverfolgen der Wege der Pestizide vom Hersteller bis zum Einsatz dringend notwendig ist und welche Wege die Bundesregierung hierfür beschreiten muss.

Von Uwe Friedrich

Der größte Teil der in der Bundesrepublik produzierten und dorthin importierten Pestizide wird hierzulande nicht eingesetzt, sondern geht in den Export. Bundesdeutsche Konzerne sind Spitzenreiter auf dem Weltmarkt der Pestizide. Einer der ersten Adressen: BAYER CROPS-

CIENCE; Gigant der „grünen“ Gentechnik und nach dem Schweizer Konzern SYNGENTA zweitgrößter Pestizid-Hersteller. Gleichzeitig werden weltweit jährlich Millionen Menschen Opfer von Vergiftungen durch solche exportierten Pestizide. Über eine halbe Million Tonnen von zum

Teil extrem giftigen, unbrauchbar gewordenen Pestiziden, sogenannte Pestizid-Altlasten, vergammeln darüber hinaus auf der ganzen Welt in verrottenden Behältern auf ungesicherten Halden. Die Hersteller tragen hierfür umfassende Verantwortung.

Stichwort „BAYER CROPSCIENCE“

BAYER ist seit dem Kauf von AVENTIS CROPSCIENCE zweitgrößter Pestizid-Hersteller weltweit. Durch die Übernahme stieg der Umsatz der neuen Gesellschaft BAYER CROPSCIENCE um 22,7 Prozent auf 5,76 Mrd. Euro. Der traditionelle Marktführer bei den Insektiziden (Umsatz 2003: 1,38 Mrd. Euro) nimmt nun auch eine Top-Position bei Fungiziden (Umsatz 2003: 1,17 Mrd. Euro), Herbiziden (Umsatz 2003: 1,85 Mrd. Euro), und Zusatzprodukten ein. [Daten: BAYER-Geschäftsbericht 2003]

Zugleich stellt BAYER CROPSCIENCE für den Konzern das teuerste Geschäft seiner Geschichte dar. Die frühere AVENTIS CROPSCIENCE war zu einem satten Kaufpreis von damals 14,5 Milliarden DM zu haben; darin eingerechnet rund 3,8 Milliarden Schulden (SWB 3/01).

Trotz „neuer“ umsatzstarker Produkte mit z. T. neuen Wirkstoff-Kombinationen - sie tragen Phantasienamen wie ADMIRE, ACCORD, JAVELIN oder MERLIN - sind die altbekannten AVENTIS-Produkte wie das Total-Herbizid BASTA oder LIBERTY, aber auch von BAYER hergestellte Wirkstoffe wie Fenamiphos, Parathion, Fenthion und Monocrotophos seit vielen Jahren

für zigtausende Vergiftungsfälle in aller Welt verantwortlich.

Während von den genannten Problemen hauptsächlich Umwelt und Bevölkerung in den Entwicklungsländern betroffen sind, landen die aus dem Norden in den Süden exportierten Pestizide in Form von Rückständen auch wieder auf den Tellern der Industrieländer und gefährden hier die Gesundheit der Bevölkerung. So finden sich im Rahmen der Lebensmittelüberwachung mehr Pestizid-Rückstände und mehr Überschreitungen der Rückstandshöchstmengen in importierten Nahrungsmitteln als in bundesdeutschen Produkten.

Deshalb fordern PAN und BROT FÜR DIE WELT von der Bundesregierung mehr Transparenz beim Pestizid-Export. Das heisst:

- Veröffentlichung der gemeldeten Daten über den Pestizid-Export
- Erweiterung der Meldepflicht über den Pestizid-Export
- Berichterstattung über Probe-Entnahmestellen im Lebensmittel-Monitoring
- Erfüllen von Auflagen aus internationalen Vereinbarungen

- Die Übernahme der Vorreiterrolle in der internationalen Debatte.

Die Situation in Bundesrepublik

Um in Erfahrung zu bringen, welche Ackergifte zu welchem Zweck wo in Bundesrepublik eingesetzt werden, hat die Biologische Bundesanstalt in Kooperation mit den Staatlichen Pflanzenschutzdiensten der Bundesländer vor wenigen Jahren NEPTUN - ein umfangreiches „Netzwerk zur Ermittlung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes in unterschiedlichen, landwirtschaftlich relevanten Naturräumen Deutschlands“ entwickelt. Parallel zu NEPTUN wurde kürzlich eine Pflicht zur Aufzeichnung des Pestizid-Einsatzes für die hiesige Landwirtschaft im Bundesnaturschutzgesetz von 2002 verabschiedet. Dort heißt es in Absatz 4 unter anderem: „Eine schlagspezifische (je nach Kultur und Einsatzort, *Anm. SWB*) Dokumentation über den Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln ist nach Maßgabe des landwirtschaftlichen Fachrechts zu führen“; ein offensichtlich positiver Ansatz.

Doch die hehre Absicht solcher Regelungen wird durch die Realitäten des →

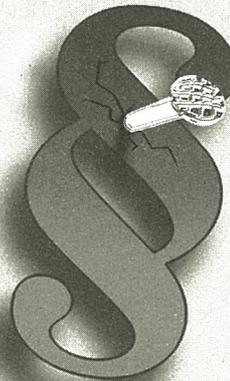
ansprüche

Forum demokratischer Juristinnen + Juristen

Die „ansprüche“ werden von der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ) herausgegeben.

Informationen über die VDJ und „ansprüche“:
 Bundessekretariat VDJ
 Schönhauser Allee 84
 10439 Berlin
 www.vdj.de

Kritische Beiträge zur aktuellen rechtspolitischen Entwicklung



www.vdj.de

In den letzten Heften u.a. +++ Elke Steven - Im Kampf gegen den Terror - die Bürgerrechte verloren +++ Heiner Busch - Kurzlehrgang für angehende Verfassungsfeinde +++ Heribert Prantl - Glanz und Elend der deutschen Staatsanwaltschaft +++ Felix Herzog - Folter als ultima ratio? +++ Martin Kutscha - Verfassungsschutz für die NPD +++ Heinrich Hannover - Verlorene Prozesse in der DDR und der BRD

Pestizid-Handels, die Geschäftspraktiken der deutschen Pestizid-Industrie konterkariert; ein Vollzug erschwert bis verunmöglichlicht. Denn eines wird schnell klar: Pestizid-Vertrieb ist ein globales Geschäft. 34.678 Tonnen Pestizid-Wirkstoffe wurden den jüngsten offiziellen Regierungsdaten zufolge 2002 in Bundesrepublik verkauft. Das ist eine beträchtliche Menge. Der größere Anteil der in Bundesrepublik produzierten oder hierhin importierten Pestizide geht jedoch in den Export. 75.043 Tonnen Wirkstoffe wurden 2002 exportiert (BVL, 2003). Über diese Exporte ist kaum etwas bekannt, obwohl davon auszugehen ist, dass durch Agro-Chemikalien aus der Bundesrepublik im Ausland Vergiftungen von Mensch und Umwelt entstehen, insbesondere, wenn sie unter Armutbedingungen eingesetzt werden. Zwar ist der Pestizid-Export, ebenso wie der Inlandsabsatz, nach § 19 Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) den Bundesbehörden zu melden. Die durch die Bundesbehörden veröffentlichten Daten geben jedoch nur wenige, stark zusammengefasste und somit wenig aussagekräftige Informationen.

Was sich jedoch genau hinter diesen Angaben verbirgt, ist nicht erkennbar. Aus Geheimhaltungsgründen wird nicht veröffentlicht, welche Einzelwirkstoffe in welcher Menge exportiert (oder in der Bundesrepublik abgesetzt) werden. Die Bundesregierung publiziert lediglich eine Zuordnung der Wirkstoffe zu den Wirkstoffgruppen, die im Berichtsjahr in zugelassenen Mitteln enthalten waren. Die Wirkstoffe werden auch dann gelistet, wenn kein Absatz dieser Mittel erfolgte. Zudem beinhalten die Wirkstoff-Gruppen überwiegend mehr als einen Wirkstoff, bis hin zu 21 Einzelwirkstoffen. Es ist offensichtlich, dass bereits ab zwei Wirkstoffen in einer Gruppe eine Zuordnung der Export-Angaben nicht mehr möglich ist.

Diese Form von Unterlassung und Vernebelung gilt in noch größerem Ausmaß für die Informationspolitik des „Industrieverbands Agrar“ (IVA), dem Zusammenschluss der in Bundesrepublik ansässigen Pestizid-Hersteller und -Vertreiber.

Es bleibt also festzustellen: Transparenz über Pestizid-Exporte gibt es in Bundesrepublik nicht. Es ist öffentlich nicht einmal ansatzweise nachvollziehbar, welche Produkte der bundesdeutschen Hersteller mit welchen Wirkstoffen in welcher Menge in welche Länder exportiert werden. Und: Dies scheint der Regierung



auch schlicht nicht bekannt zu sein. Denn die Konzerne „mauern“, halten Informationen zurück und hintertreiben die Meldepflicht nach § 19, Pflanzenschutzgesetz.

Große Geschäfte im Geheimen

Der Export von Pestiziden ist das wichtigste Geschäft der bundesdeutschen Pestizid-Industrie. Nur ein Drittel der Ackergifte bundesdeutscher Herkunft werden hier eingesetzt, zwei Drittel gehen in den Export. Zwei der vier weltweit größten Agrochemie-Firmen, BAYER und BASF, haben ihren Hauptsitz in der Bundesrepublik. Und die Geschäfte laufen nicht nur derzeit gut. Laut dem jüngsten Jahresbericht des „Industrieverband Agrar“ (IVA, 2003) „stiegen im Berichtsjahr die Export-Erlöse um 5,7 Prozent auf 2,542 Milliarden Euro“.

Die Top-4 der globalen Pestizid-Industrie

- 1. SYNGENTA 5,26 Mrd. \$ Umsatz
- 2. BAYER 3,78 Mrd. \$ Umsatz
- 3. MONSANTO 3,09 Mrd. \$ Umsatz
- 4. BASF 2,79 Mrd. \$ Umsatz

Laut dem jüngsten Bericht des IVA wird der größte Anteil der Pestizide aus Bundesrepublik in die NAFTA-Region (USA, Kanada, Mexiko) exportiert (31 Prozent), gefolgt von Westeuropa (22 Prozent) und Asien inkl. Japan (22 Prozent), Lateinamerika (16 Prozent), Osteuropa (sechs Prozent) und Afrika (3 Prozent). Sowohl Osteuropa (+2 Prozent) wie auch Afrika (+ 1 Prozent) haben gegenüber dem Vorjahr einen vergrößerten Anteil am Weltmarkt. Afrika (3 Prozent) bildet gleichwohl nach wie vor den kleinsten Pestizid-Markt (IVA, 2003). Obwohl somit die Mehrzahl der deutschen Pestizid-Exporte in Industrieländer geht, sind die negativen Folgen des Pestizid-Einsatzes in „Entwicklungsländern“ am größten.

EU-Meldepflicht: völlig unzureichend

Eine Informationspflicht auf EU-Ebene besteht auf der Grundlage der internationalen PIC-Konvention sowie in ihrer europäischen Umsetzung in Form der in diesem Jahr in Kraft getretenen EU-Verordnung (EG) Nr. 304/2003 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien. Sie



gilt für bestimmte gefährliche Stoffe, die in der Gemeinschaft verboten sind oder strengen Beschränkungen unterliegen, sowie für alle ausgeführten Chemikalien im Hinblick auf ihre Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung.

Das PIC-Verfahren: ein erster Schritt

Völkerrechtlich verbindliche Abkommen können dabei helfen, Umwelt- und Gesundheitsrisiken durch gefährliche Chemikalien zu begrenzen. Mit der im Februar in Kraft getretenen „Rotterdam Konvention“ wird das Verfahren zur ge-

genseitigen Information beim internationalen Handel mit bestimmten gefährlichen Chemikalien geregelt. Dieses Verfahren, in Englisch als Prior Informed Consent (PIC) bezeichnet, gilt für Industrie-Chemikalien und Pestizide.

Mit dem PIC-Verfahren sollen Import-Staaten in die Lage versetzt werden, auf informierter Basis Importe bestimmter gefährlicher Chemikalien ablehnen oder erlauben zu können - ein wichtiger Schritt in Richtung eines verantwortungsvollen Umgangs mit chemischen Keulen. Die PIC-Konvention fordert auf internationaler

Ebene für bestimmte gefährliche Pestizide mehr Transparenz und geteilte Verantwortung zwischen Import- und Exportstaaten.

Im PIC-Verfahren stehen derzeit 31 gefährliche Chemikalien, davon 21 Pestizide und fünf Pestizid-Formulierungen, u.a. Lindan, DDT oder PCP. Für die zweite Notifizierungsrunde sind derzeit fünf weitere Wirkstoffe gemeldet: Dimefox, Endosulfan, Endrin, Mevinphos und Vinclozolin (Rotterdam Konvention, 2003).

Über die Datenbank EDEXIM (2003) zum Informationsaustausch nach EU-Verordnung 304/2003 lassen sich im öffentlich zugänglichen Teil u. a. Informationen zu den Chemikalien (inkl. PIC-Chemikalien), ihren Klassifizierungen und Einstufungen oder zum Status von Import Verboten in einzelnen Ländern abrufen. Bezüglich der Informationen zum Export von bestimmten gefährlichen Stoffen fehlen Angaben zum Export-Land, die EU tritt als Exporteur auf. Auch fehlt die Angabe zur Menge des zu exportierenden Stoffs oder der Stoffformulierung.

Von Transparenz kann also auf EU-Ebene nicht die Rede sein; und dies angesichts einer dramatischen Pestizidbelastung z. B. in Lebensmitteln! →

DAS FEMINISTISCHE BLATT

WIR FRAUEN

unabhängig • feministisch • konsequent

Seit 22 Jahren bietet WIR FRAUEN 4 x jährlich auf 36 Seiten Informationen zur Politik und Gesellschaft im eigenen Land. Wir stellen Frauenprojekte vor und lassen sie selbst zu Wort kommen. Für uns geschrieben haben in den letzten Jahren u.a.: Irmtraut Morgner, Agnes Smedley, Ute Gerhard, Gisela Steineckert, Peggy Parnass, Christiane Barckhausen, Uta Ranke-Heinemann, Jutta Heinrich ...

Peggy Parnass:

»Ich lese WIR FRAUEN, weil es amüsant, informativ und ungewöhnlich ist.«



Jutta Heinrich: »Dieses kleine Heft ist ein zäher und beharrlicher Nager an den Festungen der Gegenwart. Und mit wenig Ideologie, vielmehr mit einem unbeirrbareren Gerechtigkeitsempfinden, hält WIR FRAUEN das Staunen offen, dass die Welt so ist, wie sie ist und sich überwiegend da verändert hat, wo das den Nutzern nutzt. Ich lese das obstinate HEFT, damit ich für ES schreiben kann.«



FORUM FÜR AUSSERPARLAMENTARISCHE FRAUENPOSITIONEN

Die aktuellen Schwerpunktthemen:

- Stadtplanung/Umweltschutz
- Heilslehren/Religionen
- Abenteurerinnen

WIR FRAUEN e.V. · Verein zur Förderung von Frauenpublizistik
ROCHUSSTR. 43 · 40479 DÜSSELDORF
TEL 0211.491 20 78 · FAX 0211.492 13 01

Bitte mit vollständigem Absender und Tel.-Nr. versenden:

- Ich möchte ein Abonnement, 4 Ausg. jährl., für 13 €* zzgl. 2 € Porto
- Ich möchte das Förderabo, 4 Ausg. jährl., für 26 €*
- Ich möchte die Zeitschrift kennenlernen. Bitte schicken Sie mir 2 Ausgaben für 3 € in Briefmarken (liegen bei)

Datum und Unterschrift

Die Ausgaben erscheinen jeweils Anfang März, Juni, September und Dezember des laufenden Jahres.

* = Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn nicht 6 Wochen vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.



In der Europäischen Union sind rund 40 Prozent aller untersuchten pflanzlichen Lebensmittel mit Pestiziden belastet. Nach dem aktuellsten EU-Bericht aus dem Jahr 2001 (EU, 2003) überschritten die Pestizid-Belastungen in 3,6 Prozent der untersuchten Proben die jeweils für ein Pestizid und Produkt festgelegten Rückstandshöchstmengen, die sogenannten „Maximum Residue Limits“ (MRLs). Besonders bedenklich ist der zu beobachtende Anstieg von Mehrfach-Belastungen. In rund 18 Prozent aller kontrollierten Lebensmittel konnte 2001 mehr als ein Pestizid-Wirkstoff nachgewiesen werden.

Im Rahmen der EU-koordinierten Sondermessprogramme („Koordinierte Kontrollprogramme der EU“) waren im Jahre 2001 rund 50 Prozent der Proben mit Pestiziden belastet, insbesondere in Salat und Erdbeeren konnten Höchstmengen-Überschreitungen festgestellt werden (3,9 Prozent und 3,3 Prozent). In den vorangegangenen Jahren waren von den untersuchten Sorten besonders Paprika (19 Prozent), Melonen (6,1 Prozent), Spinat (7,3 Prozent) und Kohl (4,9 Prozent) mit einer vergleichsweise hohen Anzahl von Grenzwert-Verletzungen aufgefallen.

Pestizid-Vergiftungen weltweit

Pestizid-Vergiftungen stellen ein globales Problem dar. Direkt betroffen sind jedoch insbesondere Menschen in den Entwicklungsländern. Bei einem eigenen Verbrauch von ca. 20 Prozent aller weltweit produzierten Ackergifte treten in Entwicklungsländern ca. 70 Prozent aller Pestizid-Vergiftungen auf. Ein weiteres Ungleichgewicht besteht hinsichtlich der Folgen der Vergiftungen. Schätzungen gehen davon aus, dass sich 99 Prozent der tödlich verlaufenden Vergiftungsfälle in „Entwicklungsländern“ ereignen.

Die Schätzungen über das globale Ausmaß der Vergiftungsfälle sind in den letzten 30 Jahren kontinuierlich nach oben korrigiert worden. So ging man 1972 von nur ca. 500.000 Vergiftungsoptionen aus (WHO, 1973), während die Zahl der weltweiten Vergiftungsoptionen 1990 hingegen bereits auf 25 Millionen geschätzt wurde. Die letzte veröffentlichte Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Vergiftungsproblematik gibt eine Zahl von mindestens drei Millionen Vergiftungsoptionen pro Jahr an (WHO, 1990). In der Studie wird jedoch vermutet, dass die tatsächliche Zahl der Pestizid-Vergiftungen noch wesentlich höher, bei 3,5 bis 5 Millionen Opfern, liegen könnte. Unter den drei Millionen Vergiftungen sind etwa zwei Millionen beabsichtigte Vergiftungen bzw. Suizidversuche und eine Million unbeabsichtigte Vergiftungen.

Trotz der immensen Bedeutung ist die Problematik der Pestizid-Vergiftungen jedoch bisher nur schlecht dokumentiert. Gesichertes Daten-Material über das globale Ausmaß liegt nicht vor. Zusätzlich können hohe Dunkelziffern vermutet werden. Denn Vergiftungsfälle fließen oftmals nicht in die Statistiken ein, wenn z. B. weniger stark ausgeprägte Symptome auftreten. Langzeitschäden sind kaum erforscht; viele Krankheitsbilder werden also nicht oder zu spät mit Pestiziden in Verbindung gebracht. Dazu kommt die schwach ausgeprägte Infrastruktur bzw. kaum vorhandene Gesundheitsversorgung in vielen ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer. Aufgrund dieser und anderer Faktoren geht die angeführte WHO-Studie (1990) davon aus, dass einem dokumentierten Vergiftungsfall sechs undokumentierte Fälle gegenüber stehen (WHO, 1990).

Hauptproblem: Pestizid-Altlasten

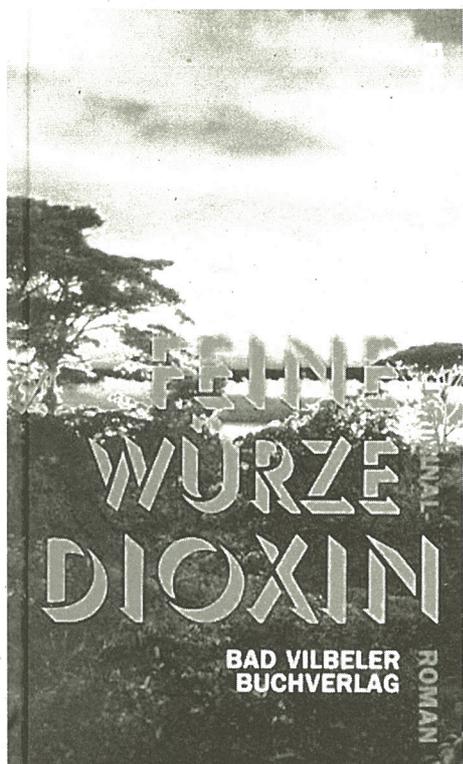
Pestizid-Altlasten, im Englischen als „obsolete pesticides“ bezeichnet, sind Pestizide, die nicht mehr verwendet werden dürfen bzw. nicht mehr verwendet werden sollten. Es handelt sich hierbei zum Beispiel um Agro-Chemikalien, die aufgrund ihrer Gefährlichkeit mit einem Anwendungsverbot belegt wurden, nicht mehr zugelassen sind oder die aufgrund ihrer langen Lagerung ihre erwünschte Wirkung verloren haben (Verfallsdatum abgelaufen). Erschwerend hinzu kommt, dass sich unter dem Pestizid-Giftmüll auch solche Pestizide befinden, die zu den gefährlichsten Insektiziden zählen, wie Aldrin, Chlordan, DDT, Dieldrin, Endrin und Heptachlor, sowie Organophosphate. Genaue Angaben über die weltweiten Bestände an Pestizid-Altlasten existieren bisher nicht. Die Schätzung der FAO über die globalen Bestände an Pestizid-Altlasten belaufen sich auf über 500.000 Tonnen. In Afrika und dem Nahen Osten liegen 100.000 Tonnen dieser giftigen Zeitbomben, während die „Alt-Pestizide“ in Asien sowie in Osteuropa (einschließlich dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion) auf jeweils 200.000 Tonnen geschätzt werden.

Tatsache ist jedoch: Sie führen in den „Entwicklungsländern“ zu den größten Problemen, weil hier die Bevölkerung und die Regierungen nicht ausreichend über die Gefahren der Pestizide informiert sind und die Expertise zum sachgerechten Management von Pestiziden und Pestizid-Altlasten sehr begrenzt ist oder fehlt. Um die Entstehung neuer Pestizid-Altlasten zu verhindern, müssen Präventiv-Maßnahmen, wie z. B. Schulungsprogramme oder Aufbau eines Pestizid-Rücknahmesystems etc., getroffen werden, was aber natürlich auch zu weiteren Kosten führt.

Fazit: Tausende von Tonnen Pestizid-Altlasten gefährden weltweit Mensch und Umwelt. Um sicherstellen zu können, dass gefährliche Pestizid-Produkte nicht auf ungesicherten Müllhalden der „Entwicklungsländer“ landen, sondern durch geschultes Personal und kompetentes Pestizid-Management gezielten Einsatz auf den Feldern finden, muss der Weg der Pestizide von der Produktion bis zu seinem Einsatz verfolgbar sein. Die obsoleteren Pestizide stammen darüber hinaus zum Teil aus deutschen Export-Lieferungen - unklar bleibt bisher wie hoch dieser Anteil ist.

Ein fiktiver Roman mit wahren Hintergründen

Die Chemie-Mafia



Vom Staatsanwalt, der BAYER-DESOWAG-Manager jagte zum erfolgreichen Kriminalroman-Autor: Was Erich Schöndorf in seinem neusten Buch schreibt, ist offiziell Fiktion, entspricht aber den Erfahrungen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) über eine weltweit tätige Chemie-Mafia.

Von Gudrun Rehmann

Der Autor Erich Schöndorf ist denjenigen, die die Arbeit der CBG verfolgen, ein Begriff - spätestens seit dem Holzgift-Verfahren, das in den achtziger Jahren die Gemüter bewegte. Schöndorf ist der Staatsanwalt, der damals versuchte, den Holzgifte-Geschädigten zu ihrem Recht zu verhelfen. Er scheiterte - BAYER und die anderen Unternehmen entzogen sich

Die Kinder sind erste Leidtragende der Chemie-Mafia

ihren Verpflichtungen. Daraufhin verließ er seine Behörde und lehrt seitdem als Professor für Umweltrecht. Den Holzgifte-Prozess schilderte er in seinem Buch „Von Menschen und Ratten“, das im Göttinger Verlag „Die Werkstatt“ erschienen ist und inzwischen die 4. Auflage erreicht hat.

Der Holzgifte-Skandal ließ Schöndorf nicht los. Er dachte die Verflechtungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Verbre-

chen weiter, die ihm während des Verfahrens aufgefallen waren. In einem Schreckensbild entfaltet er sie zu einer giftigen Blüte, zu einem Kriminalroman, der gerade erschienen ist

Schöndorf hatte in seinem Arbeitsbereich gesehen, was die CBG schon 1991 in ihrem Buch „BAYER macht Kasse“ beschrieb: In bestimmten Fällen verarbeitet die Chemische Industrie giftige Herstellungsrückstände - anstatt sie zu entsorgen - zu einem neuen Erzeugnis, mit dem sich Gewinn machen lässt. (Beispiel: Farbreste werden zu einem Schmerzmittel, chemische Kampfstoffe zu Pestiziden). Gibt man hier der Fantasie Spielraum, knüpft sie Zusammenhänge, die Schöndorfs Roman-Figuren rund um die Erde jagen - die Globalisierung ist kräftig vangeschritten. Der Roman beginnt in einer bundesdeutschen Schule und endet in einer brasilianischen. Die Kinder sind

erste Leidtragende der Chemie-Mafia, wecken aber auch den ganzen Spürsinn des sympathischen Ermittler-Paares, das ihnen zu helfen versucht.

Am Ende bleibt es bei einem Versuch - dem Gerichtsmediziner und dem Kriminalkommissar sind, als sie Bescheid wissen, die Hände gebunden. Aber - und das ist einer der Höhepunkte des 460 Seiten langen Romans - sie treten dem Konzern-Chef gegenüber, dem sie das Handwerk nicht legen können, und fragen ihn, wie er ohne Gewissen leben kann. Der antwortet in aller Offenheit und legt seine Philosophie dar. Der/die LeserIn vermag dadurch abzuschätzen, wie weit sie im heutigen Konsum-Zeitalter schon selbstverständlich erscheint. Und diese Überlegungen führen aus der Roman-Welt in unsere Wirklichkeit. Noch können wir sie gestalten - dank des gewaltigen Rippenstoßes, den Schöndorfs Roman uns versetzt.

BAYER & Co. setzen sich durch

Kuhhandel mit Emissionen



Wer noch immer an eine Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie geglaubt hatte, den belehrten die Auseinandersetzungen um den Emissionshandel mit klimaschädigendem Kohlendioxid endgültig eines Besseren. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement erwies sich wieder einmal als ein zuverlässiger Sachwalter der Interessen von BAYER & Co. So haben nun die Konzerne weiterhin die Lizenz zum beinahe ungehinderten CO₂-Ausstoß. „Nach uns die Sintflut“, denken sie und treffen damit auch wirklich die Vorbereitung zu einer solchen Katastrophe, glaubt man einer jüngst veröffentlichten Studie des Pentagon.

Von Jan Pehrke

Neun Millionen Tonnen Kohlendioxid stoßen allein die bundesdeutschen BAYER-Werke jährlich aus. Die gesamte Industrie kommt hierzulande auf 505 Millionen Tonnen und nimmt damit in Europa den Spitzenplatz ein. Welche dramati-

schen Folgen das haben kann, hat eine jüngst veröffentlichte Studie des Pentagon dargelegt. Für sie stellt die Erd-Erwärmung den größten globalen Risiko-Faktor dar. In ihrem Gefolge nehmen Stürme und Flut-Katastrophen zu. Ganze Landstriche

werden dadurch unbewohnbar und Ressourcen wie Wasser und Energie knapp. Das wiederum setzt Migrationsströme in Bewegung oder führt sogar zu kriegerischen Auseinandersetzungen um die lebenswichtigen Güter. Deshalb müssen

die Klima-Veränderungen ein zentrales Thema der Politik werden, fordern die WissenschaftlerInnen.

Die Europäische Union hat dieses Sujet schon seit längerem auf ihrer Agenda - allerdings nicht gerade an zentraler Stelle. Um wirklich der drohenden Klimakatastrophe Einhalt zu gebieten, müsste sie nämlich BAYER & Co. wehtun - und das will sie nicht. Stattdessen verfiel die EU auf ein vermeintlich Ökonomie und Ökologie versöhnendes politisches Instrument: den Emissionshandel. Demnach dürfen die Unternehmen nur bis zu einem bestimmten Oberwert CO₂ ausstoßen, für darüber hinaus gehende Kontingente müssen sie Verschmutzungsrechte hinzukaufen. Dadurch hofften die PolitikerInnen Anreize für Investitionen in umweltschonender Technologie geschaffen zu haben.

„Ein wirtschaftliches Instrument, mit dem man Umweltziele erreichen will“ - diesen Ansatz erklärte die konservative FAZ zum „Lieblingskind der Ökonomen“.

Obwohl ÖkologInnen darin eher einen Bastard sahen, war der Emissionshandel BAYER & Co. nicht ökonomisch genug. Von Anfang an opponierten sie gegen die im Jahr 2005 in Kraft tretende Regelung - der Leverkusener Chemie-Multi sah sogar den Zusammenhang zwischen CO₂-Ausstoß und Klima-Wandel als „noch nicht bewiesen“ an. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) startete eine Kampagne mit ganzseitigen Anzeigen, Werksleiter des Leverkusener Chemie-Multis gaben bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit kritische Kommentare zu dem Vorhaben ab und BAYER & Co. schrieben in der Sache, sogar einen Brandbrief an Gerhard Schröder. Darin forderten sie, bundesdeutsche PolitikerInnen sollten bei der EU im Sinne der Chemie-Industrie tätig werden. Diese taten dann auch wie geheißsen. Wolfgang Clement setzte in Brüssel das Jahr 1990 als Berechnungsgrundlage durch. Die Unternehmen konnten so die Deindustrialisierung-Dividende aus der Stilllegung ostdeutsche Betriebe einstreichen. Damit fehlten ihnen nur noch zwei Prozent am in Kyoto vereinbarten CO₂-Reduktionsziel von 21 Prozent. Auch ihre umweltschonenden „Vorleistungen“, worin immer die auch bestanden haben mögen, erkennt die EU-Kommission nun an. Zudem sorgte die Bundesrepublik dafür, dass der Emissionshandel ein exklusiver Club blieb. „Deutschland spricht sich entschieden dagegen aus, weitere Branchen, wie zum Beispiel die Chemie-Industrie, in den Teil-

nehmer-Kreis mit einzubeziehen“, bekannte Schröder im Jahr 2003 auf der Mitgliederversammlung des Europäischen Chemie-Verbandes CEFIC in Hamburg und erreichte das Ziel auch. So konnte einer der energie-intensivsten Industrie-Zweige mit seinen Produktionsanlagen draußen bleiben, und nur 60 Prozent seiner Emissionen - die der Kraftwerke - gingen in die Rechnung ein. Für BAYER eine vernachlässigenswerte Größe, da der Konzern immer

Gerhard Schröder: „Deutschland spricht sich entschieden dagegen aus, weitere Branchen, wie zum Beispiel die Chemie-Industrie, in den Teilnehmer-Kreis des Emissionshandels mit einzubeziehen“.

weniger Kraftwerke in Eigenregie betreibt. Er hat stattdessen Verträge mit RWE oder anderen Stromanbietern abgeschlossen, die jetzt die CO₂-Zeche zahlen müssen. Zudem sollte es den Konzerne im Zuge der Verhandlungen noch gelingen, einige in die Produktion integrierte Energieerzeugende Feuerungsanlagen aus dem Handel auszunehmen. „Wenn jeder kleine Emissionsträger einbezogen würde, triebe das die Verwaltungskosten enorm in die Höhe, brächte aber wenig für den Umweltschutz“, meinte ein BAYER-Sprecher dazu. Für ihre Ergebenheit erhielt die rot-grüne Koalition dann auch ein dickes Lob von BAYER & Co. „Die jetzige Regierung hat uns sehr unterstützt“, sagte VCI-Vorsitzende auf dem Jahres-Treffen des Lobby-Clubs.

Aber diese Dankbarkeit währte nicht lange. Als es daranging, die Verschmutzungsrechte auf nationaler Ebene mengenmäßig zu bestimmen, bezogen sie wieder ihre Lobby-Stellungen. Plötzlich betrachtete der VCI den Handel mit Verschmutzungsrechten nunmehr als „eine zusätzliche Steuer und wie eine Prämie für die Stilllegung von Produktionsanlagen“. BAYER-Chef Werner Wenning tönte derweil: „Ich befürchte, dass Umweltminister Trittin auf dem besten Wege ist, aus Deutschland eine weitgehend industrie-freie Zone zu machen“. Dann zog er die Daumenschrauben an. BAYER prüfe, „ob weitere Aktivitäten hierzulande unter diesen Bedingungen wirtschaftlich noch zu vertreten sind“, drohte der Vorstandsvorsitzende. BDI-Sprecher Michael „Rocky“ Rogowski stimmte in den Kanon ein: „Die Arbeitslosigkeit, die so entsteht, hat eine Farbe: Sie ist grün“. Also legte

Clement sich nochmal ins Zeug. „Ich werde nichts mittragen, was wirtschaftlichen Rückschritt bedeutet“, kündigte er an und begann an nochmaligen ökologischen Rückschritten zu arbeiten. Trittin hatte ursprünglich ein Reduktionsziel auf 488 Millionen Tonnen gefordert, aber Clement widersprach. Der ausgehandelte Kompromiss belief sich auf 499 Millionen. Aber selbst den ließ der Wirtschaftsminister schließlich platzen. Für seine Nibelungentreue zur Wirtschaft riskierte er sogar eine Zerreißprobe der Regierungskoalition. Zum Schluss sprach Kanzler Schröder ein Machtwort. Und das war eines „Genossen der Bosse“ würdig: 503 Millionen. Also gerade mal zwei Millionen Tonnen Kohlendioxid hatte die Industrie einzusparen. Wobei das Umweltbundesamt noch Zweifel daran hat, ob das von der Industrie angegebene Emissionsvolumen von 505 Millionen wirklich den Tatsachen entspricht und nicht zu hoch angesetzt ist, um eine bessere Ausgangsposition für Reduktionen zu bekommen.

Die Chemie-Industrie muss ihre emissionshandel-wirksamen Ausstoß von 20 Millionen Tonnen um nicht mehr als 2,5 Prozent senken. Die zusätzlichen Kosten für die Branche bezifferte der VCI gegenüber SWB auf 20 Millionen Euro und zusätzlich noch ca. 10 Millionen wegen erwarteter Strompreis-Erhöhungen. Das kostet für Konzerne mit einem Umsatz von mehr als 28 Milliarden wie BAYER fast nichts und bringt für das Klima auch entsprechend wenig. Inzwischen jongliert der VCI schon mit anderen Zahlen: 120 - 140 Millionen. „In dramatischem Umfang abgeschwächt“ sahen die Umweltsachverständigen die Lenkungswirkung des Emissionshandels. „Ökologisch und ökonomisch unververtretbar“, so ihr Gesamturteil. „Industrie und Energiewirtschaft haben sich aus ihrer Verantwortung für den Klimaschutz verabschiedet“, kritisierte der Wirtschaftswissenschaftler Axel Michaelowa. Und die EU-Umweltkommissarin Margot Wallström kritisierte die Rücksichtnahme auf BAYER und Co. und sprach von enttäuschenden Plänen.

Werner Wenning hat derweil schon eine andere Baustelle entdeckt. Es sollten auch bestehende Kostentreiber wie Ökosteuer, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Kraft/Wärme-Koppelungsgesetz überprüft werden, zitiert ihn dpa. Bei Wolfgang Clement hört sich das so an: „Ich will eine Prüfung aller Elemente - Ökosteuer, Kraft/Wärme-Koppelung und Stromeinspeisungsgesetz.“

Lebensmittel - made by BAYER

Bitterer Gen-Reis



Wie lange noch? Ein klassisches Naturreis-Feld

Die UN haben 2004 zum „Jahr des Reis“ erklärt. Ausgerechnet in dieser Zeit startet BAYER eine Genreis-Offensive. Der Leverkusener Chemie-Multi will den Reißbett-Reis in Asien und den USA anbauen und von dort aus in die Europäische Union einführen. Eine entsprechende Import-Genehmigung hat er im März beantragt. Aber gegen den gentechnischen Zugriff auf das weit verbreitetste Grundnahrungsmittel der Welt regt sich massiver Widerstand, von Indien über Europa bis nach Nordamerika.

Von Jan Pehrke

„Shaping the future of rice“ - die Zukunft des Reis' formen - unter diesem Slogan betreiben BAYER und andere Gen-Giganten die privatwirtschaftliche Aneignung des essenziellsten Grundnahrungsmittels der Weltbevölkerung. Der Leverkusener Chemie-Multi hat bei der EU einen Antrag auf Import-Genehmigung für eine gentechnisch gegen das Anti-Unkrautmittel LIBERTY LINK (Wirkstoff: Glufosinat) resistent gemachte Reis-Sorte gestellt. Ausgerechnet im Reis-Ursprungsland Indien beabsichtigt der Konzern das Labor-Erzeugnis anzupflanzen, darüber hinaus noch in anderen asiatischen Staaten und in den Vereinigten Staaten. Zunächst plant der Gen-Gigant die Getreide-Art als Viehfutter vermarkten, die Zielgruppe „Zweibeiner“ will er später bedienen.

Es gibt zwar auch gleich vor der Haustür - in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland - geeignete Anbau-Gebiete, aber mit der Akzeptanz von Gen-Food ist es in hiesigen Breiten nicht eben gut bestellt. Zudem schreckt BAYER vor dem vergleichsweise aufwändigen Zulassungsverfahren zurück. Mit solchen Regularien hatten die „Reis-Former“ schon so einigen Ärger, als sie noch

in Diensten der 2001 von BAYER geschluckten AVENTIS CROPS SCIENCE standen. In Brasilien mussten sie einen Freisetzungsvorhaben vorzeitig beenden,

„Das Risiko exportieren - den Reis importieren“ - so lautet das Kalkül des Unternehmens

weil sie gegen Sicherheitsbestimmungen verstoßen hatten. Einen weiteren Test ließen die staatlichen Stellen gar nicht erst mehr zu. Die eingereichten Unterlagen hätten keine ausreichende Gewähr für die Unbedenklichkeit geboten, lautete die Begründung.

In den traditionell gentechnik-freundlichen USA droht solche Unbill nicht, die Umweltbehörde EPA erteilte dem LIBERTYLINK (LL)-Reis im September 2003 die Genehmigung. In Indien und anderen asiatischen Staaten hat BAYER solche „bürokratischen Hürden“ erst gar nicht zu überspringen. Dort reichen die finanziellen Ressourcen nicht für eigene Prüf-Verfahren. Die Länder richten sich in der Regel nach den entsprechenden Entscheidungen der Industrie-Länder. Einen solchen Freibrief soll die EU dem Pharma-Riesen jetzt

mit der Import-Genehmigung ausstellen. „Das Risiko exportieren - den Reis importieren“ - so lautet das Kalkül des Unternehmens.

Entsprechend hoch schlagen die Wellen der Empörung vor Ort. „Es ist unethisch von BAYER, die wenigen reis-anbauenden EU-Staaten zu schützen, indem der Konzern in Spanien, Italien, Griechenland, Portugal oder Frankreich keine Zulassung beantragt. Das Unternehmen gefährdet lieber die Nahrungsmittelsicherheit in den armen Ländern, um den nicht nachhaltigen Konsum der westlichen Staaten zu unterstützen“, kritisiert Dr. Suman Sahai, die Direktorin der GENE CAMPAIGN. Für die Bereitschaft, die Sicherheit von Indiens Grundnahrungsmittel Nr. 1 aufs Spiel zu setzen, nur um Reis zunächst als Tierfutter in die Nahrungskette der fleischfressenden Konsum-Gesellschaften einzuspeisen, findet sie bloß bitter-sarkastische Worte. Diese Unverfrorenheit hat auch die Initiative GREEN MOTHERLAND auf den Plan gerufen. Sie störte die PR-Veranstaltung von BAYER & Co. mit dem vielsagenden Titel „Shaping the future of rice“ in Madras durch eine Demonstration empfindlich.

Geldanlage mit Erfolg und Wirkung

Für eine lebenswerte Zukunft



LEBEN STATT PROFIT

Schweidnitzer Straße 41 Fon 0211- 26 11 210
 Postfach 15 04 18 Fax 0211- 26 11 220
 40081 Düsseldorf

Ja, ich will Geld zielorientiert anlegen:

Name

Straße

PLZ, Ort

Fon, Fax

E-Mail

Alter

„Reis ist Leben und kein Geschäft“ war auf den Transparenten unter anderem zu lesen. Zudem verteilte GREEN MOTHERLAND die Schrift „Die Kontrolle der Multis über den Reis“, die den schrittweisen Ausverkauf von Indiens wichtigstem Lebensmittel an die Agro-Multis dokumentiert. In Nordamerika ist BAYERS Frankenstein-Food-Plänen mit der Gruppe CALIFORNIANS FOR GE-FREE AGRICULTURE Widerstand erwachsen. Und in Europa haben FRIENDS OF THE EARTH und die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) mit einer Kampagne begonnen, deren vorläufiger Höhepunkt Aktionen rund um die BAYER-AktionärInnenversammlung am 30. April 2004 in Köln waren.

Die Gen-GegnerInnen können ihre Kritik auf zahlreiche wissenschaftliche Studien stützen. Chinesische ForscherInnen beobachteten Auskreuzungen von genmanipuliertem Reis mit „natur-belassenem“. In 1 - 2 Prozent des herkömmlichen Reis' fanden sie Spuren von gentechnisch verändertem. Nach Studien aus Lateinamerika greift das BAYER-Produkt auch auf wild wachsende Sorten über. In drei bis acht Jahren hat sich die LIBERTYLINK-Resistenz vollständig auf diese übertragen, prognostizieren die WissenschaftlerInnen. Die Bauern und Bäuerinnen müssen dann größere Mengen an Herbiziden ausbringen, um das Wachstum von Wild-Reis auf den Genpflanzen-Feldern einzudämmen. Zur Kontrolle von LL-resistentem Wild-Raps sind ihre US-amerikanischen KollegInnen schon heute dazu gezwungen. Und diese Extra-Dosen Chemie sind auch extra-giftig, unter anderem kommt 2,4,5-D zur Anwendung. Solche Sonder-Spritztouren stellen keinesfalls eine Ausnahme dar. Charles Benbrook, der ehemalige Geschäftsführer des Landwirtschaftsausschusses der US-amerikanischen Akademie der Wissenschaften untersuchte über einen Zeitraum von sieben Jahren hinweg das Pestizid-Management auf Feldern mit gentechnisch manipuliertem Soja und konventionellem Soja. Ergebnis: Das Gen-Soja brauchte 22.600 Tonnen Agrochemie mehr. Das Versprechen der Gen-Giganten, die „grüne Gentechnik“ würde zu einer Reduzierung der Gift-Einsätze führen, erfüllte sich also nicht. Einmal mehr scheiterten die Gen-ForscherInnen an ihren starren Vorstellungen von Natur. So wenig wie es ein Schwulen-Gen gibt oder „böse Zellen“, welche die „rote Gentechnik“ einfach

ausschaltet, so wenig wirkt auch LIBERTYLINK in Kombination mit entsprechend präpariertem Reis bis in alle Ewigkeit gegen unerwünschte Gewächse. Diese reagieren nämlich flexibel und stellen sich mit der Zeit auf die Mittel ein. Und diese Dialektik der Natur haben die Gen-Köche von BAYER nicht auf der Rechnung.

„Technologische Lösungen überdecken die sozialen und ökologischen Probleme, die den Hunger verursachen“

Die Artenvielfalt von Reis ist aber nicht nur durch die Einkreuzungen von Herbizid-Resistenzen gefährdet. Drückt der Leverkusener Chemie-Multi den LL-Reis mit all seiner Wirtschaftsmacht auf den Markt, so bleibt den LandwirtInnen nur die Alternative: Friss oder stirb. Das damit verbundene Aussterben von Arten ist jedoch nicht nur vom Standpunkt reiner Naturliebe aus bedauerlich, es hat auch dramatische praktische Folgen. Die Bauern und Bäuerinnen haben über Generationen hinweg ihre Saaten aufbewahrt und so eine ganze Reis-Bibliothek zusammengetragen. Wenn sich dann eine Sorte mal als besonders anfällig erweist, konsultieren sie ihre Sammlung und suchen eine widerstandsfähigere aus. Diese Biodiversität droht zu verschwinden - schon jetzt gibt es bloß noch zwei gegen eine weit verbreitete Pflanzen-Krankheit gewappnete Reis-Sorten - und die LandwirtInnen gleich mit. Die „grüne Gentechnik ist nämlich äußerst kapital-intensiv und verlangt nach großen Anbau-Flächen. Über diese verfügen viele Reis-Bauern und -Bäuerinnen aber nicht. So müssen sie die Feld-Wirtschaft aufgeben und in die Elendsgürtel rund um die Mega-Cities ziehen. Weit entfernt davon, dem Hunger Einhalt zu gebieten, verstärkt die „grüne Gentechnik“ die soziale Misere noch. Initiativen vor Ort wie GREEN MOTHERLAND haben an das Versprechen der Agro-Multis sowieso nie geglaubt, weil Hunger ein Verteilungsproblem darstellt. „Technologische Lösungen überdecken die sozialen und ökologischen Probleme, die den Hunger verursachen (...) Gentechnik-Befürworter ignorieren die Tatsache, dass die meisten an Hunger leidenden Menschen in Ländern leben, in denen es eher einen Überschuss an Nahrung als einen Mangel gibt“, so die Umwelt-AktivistInnen.

Aber nicht nur aus sozialen und ökologischen, auch aus gesundheitlichen Grün-

den sollte mensch der „grünen Gentechnik“ nicht grün sein. Bei einem Fütterungsversuch, bei dem WissenschaftlerInnen einer Gruppe von Schweinen gentechnisch verändertes Soja und einer anderen Gruppe konventionelles Soja gaben, nahmen die mit Gen-Soja versorgten Borstenvieher deutlich an Gewicht zu. Offensichtlich unterscheiden sich Gen-Pflanzen also nicht nur durch die eine hinzugefügte Eigenschaft von den herkömmlichen Sorten. Die neuen Eiweiße mit der eingebauten Resistenz stören den Stoffwechsel der alten - Positionseffekte nennen die ExpertInnen das - und schaffen einen ganz anderen Organismus. Und da jedes neue Eiweiß auch ein potentielles Allergen ist, bestehen große Gesundheitsgefahren. BAYER streitet das ab und verweist auf entsprechende Analysen. Emily Diamand von FRIENDS OF THE EARTH zweifelt am Wahrheitsgehalt dieser Aussagen. Ihr zufolge gibt es noch gar keine belastbaren Untersuchungen zur Bestimmung von allergie-auslösenden Proteinen. „Der eigentliche Test findet statt, wenn die Verbraucher Genfood zu sich nehmen“, stellt sie fest. Dass BAYERS Gentech-Reis niemals aus bundesdeutschen Laboren frisch auf den Tisch kommt, daran arbeiten FRIENDS OF THE EARTH, indische und US-amerikanische Initiativen sowie die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN mit vereinten Kräften - und nicht ohne Erfolg. Neun von 15 EU-Staaten haben schon Bedenken gegen BAYERS Import-Antrag erhoben.

Wie ein Baum im Sahel...

Ökologie

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELT UND ENTWICKLUNG

Kleines Abo
(2 Hefte in Folge):

10,- EURO

Konto:

ifak/kritische ökologie,

Konto-Nr. 505 607 47,

BLZ 260 500 01,

Sparkasse Göttingen

ifak/kritische ökologie

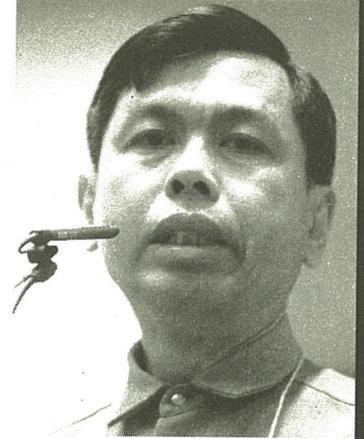
Düstere Straße 16-17

37073 Göttingen

ph. 05 51-48 71 41/fax: -43

Email: ifak@comlink.org

Hände weg von Dr. Quijano und seiner Familie!



Der Arzt und Hochschul-Lehrer für Pharmakologie und Toxikologie Dr. Romy Quijano deckte in Kooperation mit der Coordination gegen BAYER-Gefahren die Vergiftung von Anwohnern und Arbeitern einer Bananen-Plantage auf der philippinischen Insel Mindanao mit dem BAYER-Gift NEMACUR und anderen Pestiziden auf. Gegen ihn und seine Tochter wurden Mord-Drohungen ausgesprochen, der LADECO-Konzern, dem die fragliche Bananen-Plantage gehört, überzieht ihn mit Prozessen. LADECO-Chef Luis Lorenzo, Mitglied einer der reichsten Familien der Philippinen, ist mittlerweile zum Landwirtschaftsminister der Philippinen aufgestiegen.

Setzen Sie sich mit uns für den Schutz von Dr. Romy Quijano und seiner Familie ein. Schreiben Sie an (Musterbriefe sind bei uns erhältlich):

- ▶ Außenminister Josef Fischer, Fax 030 - 5000 - 3402
- ▶ Präsidentin der Philippinen, Fax 0063 - 2 - 73 61 010
- ▶ Landwirtschaftsministerium der Philippinen, Fax 0063 - 2 - 92 03 986

Spenden Sie für diese Solidaritätskampagne unter dem

Stichwort „Dr. Quijano“ auf Konto

GLS-Bank 80 16 53 30 00 / BLZ 430 609 67



**Werden Sie aktiv!
Helfen Sie mit!**

Als Fax an 0211 - 33 39 40 oder per Post an

**COORDINATION GEGEN
BAYER-GEFAHREN (CBG)**

**Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf**

▶ **www.CBGnetwork.org**

- Ich unterstütze die Forderung**
Hände weg von Dr. Quijano und seiner Familie!
- Ich spende für die Solidaritätskampagne**
für Dr. Quijano und seine Familie€
- Bitte buchen Sie meine Spende ab:

Bank

Konto BLZ

Vorname/Name

Straße/Haus-Nr. PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Alter

Entlassungsgrund: Gewerkschaftler

„BAYER wollte die Bildung einer Arbeiter-Organisation verhindern“



Gewerkschafter Juanito Facundo

Globalisierung heißt für BAYER & Co., von den Unterschieden zu profitieren. Auch in Bezug auf die Rechte der Beschäftigten gibt es doppelte Standards. So versuchte BAYER PHILIPPINES massiv, die Arbeit der Gewerkschaft EUBF zu behindern und kündigte ihrem Vorsitzenden Juanito Facundo. Der wehrt sich jedoch gegen das Vorgehen des Leverkusener Chemie-Multis und hat eine Beschwerde bei der OECD, der Organisation der 28 Länder mit der größten Wirtschaftskraft, eingereicht. SWB sprach mit ihm über BAYERS Umgang mit kritischen Belegschaftsangehörigen.

SWB: Sie klagen BAYER Philippines an, Sie auf Grund Ihres aktiven Mitwirkens in der Gewerkschaft entlassen zu haben. Gibt es für diese Anklage Beweise?

Juanito Facundo: Einen direkten Beweis gibt es nicht, doch kann man aus dem Verhalten der Unternehmensleitung schließen, dass meine Entlassung in direktem Zusammenhang mit meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft stand. Seit der Gründung unserer Interessensvertretung, der EMPLOYEES UNION OF BAYER PHILIPPINES - FEDERATION OF FREE WORKERS (EUBF), im Jahr 1987 bis 2003 hatte ich die höchste Position, die des Gewerkschaftspräsidenten, inne. Zur Zeit bin ich Vize-Präsident unserer Organisati-

on. Während meiner Amtszeit wurden zahlreiche Fälle unfairer Behandlung am Arbeitsplatz vor Gericht gebracht. 1997 kam es sogar zu einem zweimonatigen Streik der Arbeiter bei BAYER Philippines. Auch gab es zahlreiche Beschwerden innerhalb des Unternehmens. Alles geschah jedoch im Rahmen des geltenden Rechts.

SWB: Das Engagement hatte Konsequenzen?

JF: Ja, während der Aufbau-Phase unserer Gewerkschaft wurde ich von einem Tag auf den anderen von Canlubang, wo ich als Elektroingenieur für das gesamte elektrische System der Produkti-

onsanlage zuständig war, zum Hauptsitz des Unternehmens im 50 km entfernten San Juan versetzt. Ich klagte dagegen vor dem Arbeitsgericht und bekam Recht zugesprochen. Der Richter wies BAYER an, mich wieder bei der Produktionsanlage als Elektro-Ingenieur zu beschäftigen. Der Konzern versuchte das zu hintertreiben, musste mich jedoch wieder zurücknehmen - allerdings nur physisch: Meinen alten Job erhielt ich nicht mehr. Die Gewerkschaft intervenierte vergebens.

Von da an arbeitete ich als Springer ohne bestimmten Aufgabenbereich bis zu meiner endgültigen Kündigung durch das Unternehmen, gültig ab dem 4. Mai 2000. Am 4. April 2000 war ich bereits (auf Grund einer Anweisung der Unterneh-

mensleitung) vom Werksschutz am Betreten der Produktionsanlage gehindert worden, erfuhr jedoch erst durch die Verwaltung von meiner Kündigung. Ich fragte nach den Gründen und erhielt als Antwort, es handele sich hierbei um ein Vorrecht der Geschäftsführung.

SWB: BAYER stellt die Entlassung als nötige Rationalisierungsmaßnahme dar.

JF: Nach meiner Entlassung erschien am schwarzen Brett des Unternehmens sowie in einer Tageszeitung eine Anzeige, BAYER Philippines suche einen Elektroingenieur, der wenig später eingestellt wurde. Ich bin der Meinung, dass das Vorgehen der Unternehmensleitung in Bezug auf meine Kündigung auf Abneigung gegen die Gewerkschaft resultierte. Die Manager waren der Meinung, dass meine Entlassung dem Aktivismus rechtmäßiger Arbeiterorganisationen ein Ende bereiten würde.

SWB: Warum hat BAYER Philippines versucht, den Einfluss der EUBP zu minimieren? Auf welche Weise unterstützte das Unternehmen die Gründung der moderateren REUBP?

JF: BAYER Philippines, so glaubt die EUBP-FFW, wollte die Entstehung organisierter Arbeiter in seinem Unternehmen verhindern. Das Unternehmen unterstützte die REUBP in vielfältiger Weise. Das Management half auf organisatorischer Ebene und forderte die Beschäftigten auf, in die REUBP einzutreten. Zudem stellte sie die Funktionäre frei, damit diese im ganzen Land Aktivitäten entfalten konnten. Darüber hinaus gab BAYER der REUBP Finanz-Spritzen und erkannte sie schließlich als offiziellen Tarif-Partner an.

SWB: Ist es wahr, dass BAYER Seminare gesponsert hat, in deren Rahmen die Gewerkschaften verunglimpft wurden?

JF: Am 3. August 1998 gab es in San Juan ein von BAYER Philippines organisiertes Seminar für „middle managers“, dem auch EUBP-FFW-Mitglieder beiwohnten. Das Thema sollte „Nationale Sicherheit“ sein, tatsächlich ging es aber um den Kommunismus in der Arbeiterbewegung mit einem sich vom Kommunismus losgesagt Habenden als „Gewährsmann“. Nach der Veranstaltung waren viele EUBP-Mitglieder beunruhigt über den angeblichen Einfluss von Kommuni-

sten auf die Gewerkschaften und kündigten ihre Mitgliedschaft auf.

SWB: Wie stark ist die Gewerkschaft auf den Philippinen? Haben die Mitglieder genug Energie und auch Einfluss, um sich für die Rechte von Arbeitern einzusetzen?

JF: Die Union ist stark genug, für die Rechte heimischer Arbeiter zu kämpfen, da es Gesetze gibt, die diese Rechte schützen. Jedoch führte die Veränderung der ökonomischen Landschaft durch die Globalisierung zu einem gefährdeteren Status des Arbeitsrechts.

SWB: Seit einigen Jahren gibt es eine internationale Bewegung gegen die Globalisierung. Hat dies zu einem besseren Verhältnis zwischen philippinischen und europäischen oder amerikanischen Gewerkschaftsmitgliedern geführt?

JF: Die Gewerkschaftler haben weltweit begriffen, dass sie zusammenhalten müssen, um etwas zu erreichen und haben begonnen, ihre Arbeit zu koordinieren.

SWB: Was sollten die Schwerpunkte einer solchen Kooperation sein? Aktionen gegen doppelte Standards beispielsweise?

J. F: Die beim Arbeitsrecht bestehenden Unterschiede in den einzelnen Ländern sind ein Hauptthema der Arbeiterbewegung auf globaler Ebene. Die INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION (ILO) hat Grundsätze zur Vereinheitlichung des Rechtsrahmens aufgestellt. Nun kommt es daran an, dass die Regierungen diese Regelungen übernehmen, um die doppelten Standards zu eliminieren, so für sozialen Ausgleich zu sorgen und die jetzigen Bestimmungen zu humanisieren.

Eine Zusammenarbeit könnte sicherlich eine Codifizierung sozialer Rechte und des Arbeitsrechts im globalen Maßstab vorantreiben und eine Gegenmacht gegen die großen multinationalen Konzerne bilden, deren Opfer die wehrlosen Arbeiter sind. Ein solcher Zusammenschluss von Arbeitern würde den internationalen Institutionen der Multis wie der OECD und dem „Global Compact“ entsprechen und dürfte deren Bekenntnisse zu sozialer Verantwortung ergänzen bzw. ihnen mehr Leben einhauchen.

Übersetzung: Katrin Dreher



Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern
22. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
e-mail: CBGnetwork@aol.com
Internet: <http://www.dsk.de/rds/16985014.htm>
<http://www.CBGnetwork.de>
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. STICHWORT BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie STICHWORT BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Volker Rekitke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag,

Vertrieb: CBG

Layout: Uwe Kölsch

Druck: Ordensgemeinschaft Beschäftigungshilfe
(0211/44 93 98 70)

Bankverbindung: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1999

(1/1 S. sw 500,- €, 1/2 S. 300,- €

1/3 S. = 1 Spalte 175,- € zzgl. MWSt.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll STICHWORT BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrig Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)

Au weia, BAYER!



Wennings ideologische Irritationen

Bei der Grundstein-Legung zum Bau einer Kunststoff-Anlage im chinesischen Caojing wusste BAYER-Chef Werner Wenning nicht mehr, was rechts und links ist. „Seit dem ich hier bin, ist mir kein einziges Mal aufgefallen, dass ich in einem kommunistischen Land bin“, vertraute er der Presse an. Glänzende Profit-Aussichten sehen halt überall gleich aus, und über Menschenrechtsverletzungen im Land der Mitte oder anderswo schaut der Manager geübten Blickes hinweg - er hat ja selbst genug Dreck am Stecken.

Wilfrid Polke Robert Butzelar Klaus Staeck Claudia Rogge Peter Royen

Die in der Kunst gegen Konzerne herausgegebenen Arbeiten werden von den KünstlerInnen gratis zur Verfügung gestellt. Mit dem Erwerb der Objekte wird die Arbeit konzernkritischer Gruppen gefördert. Die Galeriepreise der Werke liegen in aller Regel weit über den Vorzugsabgabepreisen der „Edition Kunst gegen Konzerne“. Deshalb, und wegen der strengen Limitierung und der oftmals vorliegenden Original-Signatur, haben die Kunstwerke ein hohes Wertsteigerungspotential. Wegen Limitierung keine Liefergarantie. Die Auslieferungen erfolgen stets nach Datum des Bestelleingangs.

Prof. Wilfrid Polke

ist ein Künstler, der sich politisch einsetzt und zu gesellschaftlichen Konflikten nicht schweigt. Die Tuschezeichnung „Tanz um das Goldene Kalb“ ist ein Mahnmal gegen das Diktat des großen Geldes und eine Aufforderung zu Toleranz und Solidarität.



Sammler-Uhr

„Tanz um das Goldene Kalb“

Durchmesser ca. 32 mm, Metallgehäuse, Lederarmband, rückseitig mit Signatur-Gravur, in hochwertiger Aludose verpackt, Aufl. 300 Stück.

nur 68 €.



Zeichnung

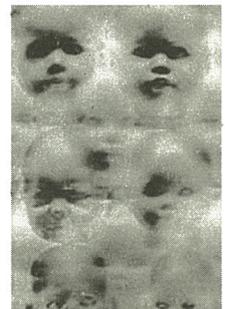
„Tanz um das Goldene Kalb“

Mikro-Piezo-Technik nach Tusche, ca. 60 x 40 cm, Auflage 100 Stück, handsigniert, nummeriert

nur 148 €.

Claudia Rogge

ist in der Kunstszene ein Begriff und erzielt hohe Marktpreise. Die vorliegende Foto-Arbeit wendet sich gegen Gen- und Reproduktionstechnologie.



PRAE M.O.B.

Fotoarbeit-Digitalabzug, ca. 50 x 70 cm, limitiert, handsigniert,

nur 95 €.

EDITION
KUNST GEGEN KONZERNE
FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT

Ich/wir bestelle/n

Coupon zurück an: Edition Kunst gegen Konzerne, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

- Expl. Rogge-Fotoarbeit „PRAE M.O.B.“
zum Stückpreis von 95 €
- Expl. Polke-Uhr „Tanz um das Goldene Kalb“
zum Stückpreis von 68 €
- Expl. Polke-Grafik „Tanz um das Goldene Kalb“
zum Stückpreis von 148 €

Alle Artikel zuzüglich 5 € Versandkosten.

Name/Vorname _____ Alter _____
 Adresse _____
 Bitte ziehen Sie den Rechnungsbetrag ein von: Bank _____ BLZ _____
 Kto.-Nr. _____ Unterschrift _____